Freitag, 9. September 1932
Nr. 204. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Wehrpflicht in Sicht!

Das deutsche Memorandum veröffentlicht — Vorsichtige Formulierungen, aber gefährliche Pläne

Die deutsche Regierung veröffentlicht jetzt endlich das Memorandum, das sie am 29. August der französischen Regierung in der Frage der deutschen Rüstungen zugeleitet hat. Das Memorandum fordert für Deutschland

volle Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Rüstungen

und richtet sich damit gegen wichtige Paragraphen des Versailler Vertrages. Schon aus diesem juristischen Grunde ist mit langwierigen Verhandlungen zu rechnen, an denen nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern auch die anderen Großmächte beteiligt sein werden.

Im einzelnen erklärt das deutsche Memorandum, die deutsche Regierung sei bereit, jedes Waffenverbot zu akzeptieren, das für alle Staaten gleichmäßig zur Wirkung komme. Dagegen müßten diejenigen Waffenarten, die nicht allgemein verboten werden, auch Deutschland erlaubt sein. Was das Wehrsystem anbetreffe, so müsse die deutsche Regierung das Recht für sich in Anspruch nehmen, es im Rahmen der allgemein gültigen Bestimmungen so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Eigenarten des Landes entspreche. Es komme dabei einmal auf organisatorische Aenderungen, wie z. B. Abstufung der aktiven Dienstzeit der Langdienenden und Freiheit in der Gliederung der Wehrmacht an; zum anderen auf die kurzfristige

Ausbildung einer besonderen wehrpflichtigen Miliz

für Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie des Grenz- und Küstenschutzes. Es verstehe sich von selbst, daß die deutsche Regierung bei den von ihr beabsichtigten Maßnahmen der finanziellen Lage des Reiches Rechnung tragen werde.

*

Niemand lasse sich durch die zurückhaltende Sprache dieses deutschen Memorandums täuschen! Was hier gefordert wird, ist deutlicher in zwei Punkten zusammenzufassen:

1. **Deutschland schafft sich all die Waffen, die ihm bisher verboten waren, also Unterseeboote, große Schlachtschiffe, Kampfflugzeuge, Tanks, schwere Geschütze usw.**
2. **Deutschland führt die allgemeine Wehrpflicht ein.**

Gegen diese Pläne des deutschen Militarismus, deren Verwirklichung unmittelbar drohend vor uns steht, muß sich der schärfste Widerstand der ganzen deutschen Arbeiterklasse richten!

brauche, zum andern aber, daß jeder einzelne Ostpreuße für die Zukunft wisse, wie und wo er sein Vaterland im Ernstfalle zu verteidigen habe. Anspruch auf Verteidigung des Landes, wie man ihn z. B. der Schweiz zubillige, müsse auch Deutschland, insbesondere Ostpreußen, erheben dürfen. Das Recht eines jeden Staates, sich im Angriffsfalle zur Wehr zu setzen, gebühre auch Deutschland. Traurig, daß es Blätter gebe, die der gegenwärtigen Regierung die Vertretung der Forderung nach Gleichberechtigung in diesem Sinne nicht zusprechen wollten. Nach Meinung des Ministers habe jede nationale Regierung das Recht, den nationalen Schutz des Landes zu fordern. Der Minister sei der Auffassung, daß darüber Einigkeit im ganzen deutschen Volke herrsche, und deshalb habe jede deutsche Regierung das Recht und die Pflicht, für die Lösung dieses Problems einzutreten. Das müsse hier in Ostpreußen besonders gesagt werden.

Anschließend gab der Reichswehrminister auf Anfrage eines ostpreußischen Pressevertreters noch die Erklärung ab, daß die Regierung auf jeden Fall das durchführen werde, was für die nationale Verteidigung notwendig sei. Er könne Ostpreußen versichern, daß alle Mittel zu seiner Verteidigung im Notfall auf dem Seeweg beschafft würden. Deutschland lasse es sich nicht länger gefallen, als eine Nation zweiter Klasse behandelt zu werden.

„Luftschutz"-Übungen

CNB. Kiel, 7. September.

An der großen, sich über Schleswig-Holstein und Mecklenburg erstreckenden Flugmelde- und Warnübung beteiligten sich alle Marineteile des Uebungsgebietes. Die Seestreitkräfte, die sich im Rahmen der Herbstmanöver in der westlichen Ostsee aufhalten, ergänzten den Flugmeldedienst von See aus. In Schulen, Kasernen, Kaufhäusern und auf einer Werft, bei Einbruch der Dunkelheit auch auf den in den Kieler Hafen zurückgekehrten Kriegsschiffen, wurde unter Einsatz von Feuerwehr, Polizei, Militär, Sanitätstruppe, Technischer Nothilfe und freiwilligen Helfern der passive Luftschutz der Bevölkerung bei drohender Gefahr durch Fliegerangriffe erprobt.

*

Diese sogenannten Luftschutzübungen sind nichts anderes als ein großer Betrug der Masse der Bevölkerung. Alle Fachleute, die Militärs wie die Chemiker, sind sich darüber einig, daß es einen wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung in einem künftigen Kriege nicht geben kann. Wenn trotzdem diese Uebungen durchgeführt werden, so dienen sie einmal der Beruhigung und Täuschung der Bevölkerung, zum anderen den Interessen derer, die an der Gasmaskenfabrikation profitieren oder auf einen Posten im Luftschutz spekulieren.

Lancashire

Von unserem Sonderberichterstatter

Lancashire ist zum Zentrum des Klassenkampfes in England geworden. In allen Industriezweigen sind die Löhne skandalös niedrig, aber nirgends sind sie so niedrig, wie in der Textilindustrie. Oft werden die Landarbeiterlöhne als die niedrigsten in England genannt. Die jetzigen Löhne der Textilarbeiter sind ein wenig höher als die der Landarbeiter, aber wenn die Wünsche der Textilunternehmer erfüllt würden, dann würden die Löhne von Hunderttausenden von Textilarbeitern auf den Stand der Landarbeiterlöhne herabsinken.

Der Durchschnittslohn der weiblichen Arbeitskräfte beträgt 24 Schilling, der der männlichen 35 Schilling. Die Unternehmer verlangen eine zehnprozentige Senkung der Weberlöhne und eine Senkung der Spinnerlöhne um fast 3 Schilling. Dieser Lohnabbau würde den Durchschnittslohn auf unter 30 Schilling senken.

Aber das ist noch nicht alles. Die Textilarbeiter arbeiten bei Arbeitsmangel nicht verkürzt, sondern unter Einschränkung der Webstühle. Das heißt, sie arbeiten die ganze Woche, aber anstatt mit vier mit zwei Webstühlen. Das bedeutet Halbierung der Löhne. Praktisch erhält also ein Arbeiter mit dem Normallohn von 38 Schilling nur 19 Schilling ausgezahlt, obwohl er die volle Arbeitsstundenzahl leistet. Wenn der jetzt angedrohte Abbau durchgeführt würde, bekäme er nur noch 17 Schilling!

Die Unternehmer von Lancashire selbst glauben nicht daran, daß der Lohnabbau eine Belebung der Industrie brächte. Sie rechtfertigen den Abbau mit der Schmutzkonkurrenz Japans, aber die Not der Textilindustrie hat andere, tiefere Ursachen. Die Textilindustrie in Lancashire leidet unter der allgemeinen kapitalistischen Krise. Das Leben der Arbeiter wird den Profitinteressen geopfert. In den „Blütejahren" wurden ungeheure Gewinne gemacht und Kredite zu unglaublich hohen Zinsen aufgenommen, die heute eine unerträgliche Belastung für die Industrie bedeuten. Die Löhne wurden abgebaut, um die Zinsen für das längst verbrauchte Kapital zu zahlen. Die Industrie ist hoffnungslos desorganisiert. Ihr Aufbau wird von denen, die Geld in ihr investierten, als chaotisch bezeichnet. Die innere Organisation und die Außenhandelsgeschäfte sind gleichmäßig unzureichend infolge der großen Profite, die auf allen Stationen — beim Verkauf des Rohmaterials, beim Spinnen, Weben, Färben, beim Transport und Verkauf der fertiger Ware — gemacht werden. Nur wenn die Industrie nach einem einheitlichen sozialistischen Plan reorganisiert wird, ist ein Aufschwung möglich.

Bis dahin verschlechtert jeder Lohnabbau die allgemeine Lage. Wenn die Löhne gesenkt werden, können die Arbeiter weniger Textilwaren kaufen. Heute liegen die Dinge bereits so, daß Tausende und Abertausende von Arbeiterfamilien so geringe Löhne oder eine so niedrige Arbeitslosenunterstützung beziehen, daß sie für Kleidung buchstäblich nichts mehr ausgeben können. Nur durch einen sozialistischen Aufbau, der den Arbeitern ein ausreichendes Existenzminimum sichert, kann die Nachfrage gehoben werden.

Die Gewerkschaften in Lancashire haben der gesamten Arbeiterklasse in diesem Kampfe eine ausgezeichnete Führung gegeben. Jahrelang haben die Arbeiter stumm alles hingenommen. Die Textilarbeiter haben das Signal zum Widerstand gegeben. Der Kampf, den sie führen, ist ein Kampf für die ganze Arbeiterklasse.

Ausdehnung des Metallarbeiterstreiks

Der Metallarbeiterstreik in Niederschlesien hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Am Mittwoch sind vor allem die Betriebe von Bunzlau hinzugekommen, so daß am 8. September schon 2300 Arbeiter im Streik standen. Der Kampf wird sich in den nächsten Tagen noch weiter ausdehnen. Am Donnerstag findet eine Metallindustriellensitzung statt. Die Unternehmer drohen mit Gegenmaßnahmen.

Es wird uns mitgeteilt, daß unser gestriger Bericht über den Metallarbeiterstreik insofern Unrichtigkeiten enthielt, als der Streik nicht von einer DMV-Konferenz, sondern durch Urabstimmung der Metallarbeiter beschlossen wurde. Außerdem wird mitgeteilt, daß die Arbeiter in den Aronwerken in Schweidnitz nicht ausgesperrt wurden, sondern in Streik getreten sind.

Vertreibung der Arbeitslosen vom Arbeitsamt

Angeblich 158 000 Arbeitslose weniger

Der Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung meldet, daß am 31. August 5 225 000 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern eingetragen waren. Gegenüber dem 15. August eine Abnahme von 158 000. Es wird weiter mitgeteilt, daß die Zahl der Alu-Empfänger 698 000, die der Krisenfürsorge-Empfänger 1 298 000 und die der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen 2 016 000 betragen hätte.

Aus den Zahlen der verschiedenen Unterstützungsarten geht hervor, daß von den 5 ¼ Millionen gemeldeten Arbeitslosen nur knapp 4 Millionen überhaupt eine Unterstützung beziehen.

1 ¼ Millionen Arbeitslose sind also ohne einen Pfennig Unterstützung dem Verhungern ausgesetzt.

Aber die Zahl der nicht unterstützten ist zweifellos noch viel größer. Es ist vor allem jener Teil der Erwerbslosen, der, weil er weder Arbeit noch Unterstützung bekommt, das Melden beim Arbeitsamt, das Stempeln aufgegeben hat.

Ausschließlich auf diese Tatsache ist der angebliche Rückgang der Arbeitslosenziffer von 158 000 zurückzuführen. Es ist kaum glaublich aber trotzdem Tatsache, daß mit der hier zum Ausdruck kommenden Steigerung einer unbeschreiblichen Not der Arbeitslosen jetzt noch Stimmung gemacht wird für eine angebliche Besserung der Lage der Arbeitslosen und der „Belebung der Wirtschaft".

Schleicher wird deutlicher

Eine Rede bei den ostpreußischen Manövern

Elbing, 6. September.

Reichswehrminister General von Schleicher nahm am heutigen Schlußtag der Divisionsübungen im Raume östlich Elbing persönlich an den Uebungen teil. Nachdem die Manöver gegen 1 Uhr nachmittags abgeblasen waren, richtete der Minister an die Pressevertreter eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Die Provinz Ostpreußen fühle sich besonders bedroht. Unleugbar sei zweierlei notwendig, einmal eine moderne Bewaffnung, die darum nicht mehr zu kosten

Trotzki kommt nach der Tschechoslowakei

CNB. **Prag,** 7. September.

Wie das „Prager Tagblatt" meldet, hat der Ministerrat das Gesuch Trotzkis um Einreisebewilligung in die Tschechoslowakei zustimmend erledigt, jedoch wird gefordert, daß sich Trotzki zur Einhaltung gewisser Bedingungen verpflichte. Zu diesen Bedingungen gehöre u. a., daß er die Tschechoslowakei nicht zum dauernden Aufenthalt wählt, daß er sich jeder politischen Tätigkeit enthält und erst nach Schluß der Kursaison nach Bad Pistyan komme, wo er sich einer Kur zu unterziehen gedenkt.

Vielleicht wird noch vor Beendigung des Kampfes die ganze Arbeiterklasse zur aktiven Unterstützung aufgerufen werden. Im Augenblick kommt es darauf an, unter den Arbeitern die Erkenntnis von der Bedeutung des Streiks zu verbreiten und den Männern und Frauen von Lancashire zu helfen, den Kampf durchzuhalten.

Die Streikunterstützung beträgt nur 18 bis 20 Schilling. Davon müssen die Familien der Streikenden leben. Tausende von Arbeitern, die nicht imstande waren, ihre Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, erhalten weder Streikhilfe noch Arbeitslosenunterstützung.

Trotzdem war das Echo, das die Streikparole ausgelöst hat, überwältigend. In vielen Fabriken waren die Arbeiter schon früher gezwungen worden, die Lohnsenkung zu akzeptieren. Auch sie stehen heute im Streik mit 200 000 anderen.

Das ist der beste Beweis für die Richtigkeit einer entschiedenen Politik. Ueber 90% aller Arbeiter streiken. In Blackburn z. B. haben die Unternehmer seit Monaten in einer Fabrik nach der andern die Gewerkschaften besiegt. Aber jetzt hat der Streik ganz Blackburn erfaßt. 65 000 Arbeiter streiken, das sind mehr als 90%. Auch der Nordosten von Lancashire steht fest. Die Arbeitsniederlegung ist mit 80 000 Mann vollständig durchgeführt, mit Ausnahme von ein paar kleinen Firmen, die „Notstandsarbeiten" eingerichtet haben. Sehr ermutigend ist auch das Verhalten der Fabrikinspektoren. Außer in Leigh stehen sie überall fest auf der Seite der Streikenden.

Der Gewerkschaftskongreß, der jetzt zusammengetreten ist, muß von allen angeschlossenen Verbänden eine entschlossene Stellungnahme für die Textilarbeiter fordern. Für Tausende von Arbeitern bedeutet das ein schweres Opfer. Aber es ist besser, diese Opfer jetzt während des Kampfes eines Verbandes auf sich zu nehmen, als seine Niederlage zum Vorläufer der Niederlage der gesamten Klasse werden zu lassen. Die Arbeiterschaft ist bereit, sich zu erheben in der Solidaritätsaktion mit den streikenden Genossen. Die Textilarbeiter brauchen und verdienen die gleiche Unterstützung wie die Bergarbeiter im Jahre 1926, die gleiche Unterstützung, aber eine andere, bessere Führung, und deshalb ein anderes Ergebnis.

Es ist die Aufgabe aller Sozialisten, den Kampf der englischen Textilarbeiter mit allen Kräften zu unterstützen. In ihren Streikfonds müssen Gelder nicht allein aus allen Teilen Englands, sondern aus allen Teilen der Welt fließen. Der Kampf, der hier geführt wird, richtet sich nicht allein gegen Lohnabbau, es muß ein Kampf gegen den Kapitalismus selbst werden.

Wenn er das noch nicht ist, müssen wir ihn dazu machen.

Sammelaktion für Lancashire

Newcastle, 6. September.

Nachdem der hier tagende Generalrat der britischen Gewerkschaften schon gestern die Auflegung von Sammellisten für die Streikenden von Lancashire beschlossen hatte, ist er heute einen Schritt weitergegangen und hat, wie der Präsident in der Sitzung mitteilte, die Bildung eines gemeinsamen Unterstützungsfonds ins Werk gesetzt, der unter der Kontrolle des Gewerkschaftskongresses organisiert wird. Alle dem Gewerkschaftskongreß angeschlossenen Verbände werden aufgefordert werden, sich an diesem Unterstützungsfonds zu beteiligen. In allen Zahlstellen werden Sammlungen durchgeführt werden und überdies wird durch die Presse am Ende der Woche die Oeffentlichkeit zur Teilnahme an dieser Sammlung aufgerufen werden. Außer Geldspenden will man auch Schuhwerk und Kleidung für die Streikenden sammeln.

Erwerbslose bleiben ohne Unterstützung

Ausweg des Klassenstaates: Der Gummiknüppel!

Recklinghausen, 6. September.

CNB. Die Wohlfahrtserwerbslosen der Gemeinde Erkenschwick, in der fast sämtliche Einwohner arbeitslos sind, haben in der letzten Zeit nur sehr unregelmäßig ihre Bezüge erhalten, sodaß sich unter der Bevölkerung eine gewisse Unruhe bemerkbar machte. Als heute kein Geld für die Auszahlung der Restbezüge vorhanden war, zogen Tausende von Männern, Frauen und Kindern trotz der beruhigenden Zusagen des Landrats vor das Amtshaus um die Auszahlung zu erzwingen. Nach Besprechungen der Obleute der Erwerbslosen mit den Gemeindevertretern und dem Landrat, erklärte sich der Landrat bereit, morgen früh eine Teilauszahlung anzuordnen. Im Augenblick sei es unmöglich, eine Zahlung zu leisten, da nur eine kleine Summe zur Verfügung stände, die auf diejenigen verteilt werden solle, die am 23. August ausgesteuert worden seien. Diese Zahlung erfolgte kurz darauf. Doch trat nach der Auszahlung immer noch keine Beruhigung ein, sodaß die Polizei schließlich eingreifen mußte und den Platz vor dem Amtshaus von den Demonstranten räumte.

An den stellvertretenden Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, wurden von den Wohlfahrtserwerbslosen, den Elternbeiräten, den Gemeindevertretern, den freien und christlichen Gewerkschaften und der SPD dringende Notrufe gesandt.

Neue Justiz-Skandale

Das Berliner Sondergericht verurteilte wegen Landfriedensbruchs die kommunistischen Arbeiter Sponigl und König zu je zwei Jahren Zuchthaus, die kommunistischen Arbeiter Rührmund, Emmerich und Michaelis zu je einem Jahr Zuchthaus.

Aus der Verhandlung dieses Prozesses läßt sich ein besonders schlagendes Beispiel für die — man muß schon sagen — unerhört leichtfertige Art beibringen, in der die Sondergerichte die Aussagen von Zeugen bewerten. Derartige Zeugenaussagen werden, wenn sie von Nationalsozialisten stammen und angeklagte Arbeiter belasten, stets als bare Münze genommen, obwohl das Gericht mindestens die politische Voreingenommenheit dieser Zeugen in Rechnung stellen müßte. Aber selbst ganz widerspruchsvolle Aussagen werden von diesen Gerichten ohne irgendeine Nachprüfung hingenommen. So war es in zahlreichen Sondergerichtsverhandlungen, so war es im Fall Schmidtke, so war es auch bei der gestrigen Verhandlung, die zu dem oben wiedergegebenen Urteil führte.

In dieser Verhandlung sagte ein Nationalsozialist aus, er habe einen der Angeklagten deutlich erkannt — und wesentlich auf diese Aussage hin wurde das Urteil gefällt. Das „Berliner Tageblatt" hat sich einmal die Mühe gemacht, ein Mitglied seiner Redaktion an den Tatort zu entsenden und dabei wurde festgestellt,

daß der nationalsozialistische Zeuge den Angeklagten auf eine Entfernung von 72 Schritt nachts zwischen ½1 und 1 Uhr erkannt haben will,

— natürlich eine vollkommene Unmöglichkeit! Mit Recht bemerkt das demokratische Blatt, daß vor der richterlichen Entscheidung über jeden größeren Verkehrsunfall ein Lokaltermin abgehalten werde — bei Prozessen gegen revolutionäre Arbeiter hält man das natürlich nicht für notwendig!

Im Zusammenhang mit diesem Prozeß ereignete sich weiterhin ein

bezeichnender Zwischenfall.

Nach der Verkündung des Urteils, das im Zuhörerraum erhebliche Erregung hervorrief, drängten Angehörige der Verurteilten zur Anklagebank, um Abschied zu nehmen. Unter ihnen befand sich ein junger Mann, der, als er am Richtertisch vorbeiging, einige Worte sagte. Landgerichtsdirektor Tolk ließ den jungen Mann sofort festnehmen und den Staatsanwalt, der das Sitzungszimmer bereits verlassen hatte, zurückholen. Als der Staatsanwalt wieder auf seinem Platz saß, erklärte Landgerichtsdirektor Tolk: „Dieser junge Mann hat, als er an dem Tisch vorüberging, gesagt, die Unschuldigen werden verurteilt und die es gemacht haben, gehen frei aus. Ich bin mir im Zweifel darüber, ob die Sitzung schon geschlossen war und ich ihn in eine Ordnungsstrafe nehmen kann." Direktor Tolk forderte den jungen Mann auf, nochmals zu wiederholen, was er gesagt habe. Dieser erwiderte: „Ich habe gesagt, die es gemacht haben, müßten auch festgenommen werden." Landgerichtsdirektor Tolk:

„Herr Staatsanwalt, ich stelle anheim, gegen den jungen Mann wegen Beleidigung des Sondergerichts vorzugehen."

Landgerichtsdirektor Tolk stellt dann fest, daß der Beschuldigte Bruno Bruisch heißt und in der Höchstestraße wohne. Staatsanwalt: „Ich bitte, Bruisch in Haft zu nehmen, zumindest, bis seine Personalien geklärt sind und ihn dann gegebenenfalls dem Richter zur Erlassung eines Haftbefehls vorzuführen." Landgerichtsdirektor Tolk: „Die Verhaftung müssen Sie selbst vornehmen, das Gericht kann das nicht." Darauf wird Bruisch auf Veranlassung des Staatsanwalts verhaftet.

Bei Nazis fordert der Staatsanwalt Freispruch!

(Eigener Bericht der SAZ)

Saalfeld, 7. September.

Zu Beginn der Verhandlung wurden zunächst noch eine Anzahl Zeugen vernommen. Die Belastungszeugen gegen die Arbeiter rekrutierten sich erheblich aus dem Lager der Nazis, während sich die Belastungszeugen gegen die Nazis zum großen Teil auf der Anklagebank befinden, denn ein erheblicher Teil der angeklagten Arbeiter hatten sich selbst als Zeugen auf der Polizei gemeldet, wurden aber einfach auf die Anklagebank beordert. (II) Im Verlauf der Zeugenaussagen wurde durch die Aussagen zweier bürgerlicher Zeugen bekundet, daß bei den Vorfällen

die Nazis die Angreifer

waren, die Arbeiter verfolgten und auf diese einschlugen. Ebenfalls machten am gestrigen Tage die vernommenen Polizeibeamten die Aussage, daß sich bei ihrem Eintreffen in Stambul die Nazis mit hochgehobenen Spaten wie die Wilden gebärdeten.

Es folgte die Anklagerede des Amtsanwalts, diese richtete sich ausschließlich gegen die angeklagten Arbeiter; sie seien diejenigen, die die Nazis überfallen haben, sie müßten folgedessen schwer bestraft werden, und zwar wegen Landfriedensbruch und öffentlicher Zusammenrottung. Er beantragt folgende Strafen:

Gegen 6 Arbeiter je 5 Monate Gefängnis (III), gegen einen jugendlichen Arbeiter (17 Jahre) 2 Monate Gefängnis. Bei einem Arbeiter wird beantragt, dessen Angelegenheit an das erweiterte Schöffengericht zu überweisen, zwecks Anklageerhebung wegen schweren Landfriedensbruchs (dieser besteht darin, daß der Betreffende einen Nazi umgerannt hatte, als er von diesen in die Enge getrieben wurde!). Bei 6 Arbeitern überläßt der Amtsanwalt die Entscheidung dem Gericht. Bei 8 Arbeitern beantragt er Freisprechung wegen Mangel an Beweisen. Die Sensation des Tages ist der

Antrag auf Freisprechung der Nazis.

Dies löst ein Hohngelächter im Gerichtssaal aus.

Die Verteidiger der Arbeiter zeigten in ihren Plädoyers nochmals durch die Illustration der Tatsachen, daß die Arbeiter unmöglich verurteilt werden könnten; sie beantragten deshalb die Freisprechung der sämtlichen angeklagten Arbeiter. Die Verteidiger der Nazis fanden sich in ihren Plädoyers mit dem Amtsanwalt zusammen, indem sie ebenfalls die Arbeiter als die Angreifer bezeichneten und für ihre Klienten Freisprechung beantragten.

Bezeichnend ist folgende Tatsache: Ein Nazi, siebenmal vorbestraft, dringt in einen Häuserblock ein, schlägt einen Arbeiter, der hilflos an der Wand lehnt und invalide ist, mit dem Spaten nieder, daß er mit einer klaffenden Kopfwunde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden muß. Der Amtsanwalt beantragt hierfür — Freisprechung (III), weil der Angeklagte in „vermeintlicher Notwehr" gehandelt habe!

Nun soll mal einer sagen, daß es keine Klassenjustiz gibt. Die Urteilsverkündung wurde auf den 13. September vertagt. — Wie sie ausfällt, darüber kann sich nun bald jeder ein Bild machen. — Wir werden darüber noch berichten.

CNB. Berlin, 6. September.

Das Zweite Sondergericht kam nach neunstündiger Beweisaufnahme wegen der Schießerei in Siemensstadt gemäß dem Antrage des Staatsanwalts zur Freisprechung des wegen Totschlags in zwei Fällen und versuchten Totschlags in drei Fällen angeklagten Nationalsozialisten Hermann. Der Dreher Gebauer (NSDAP) wurde wegen Beamtennötigung zu sechs Monaten, der Schlosser Kirsch wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Verordnung gegen den politischen Terror fand bei diesem Sondergerichtsprozeß keine Anwendung.

Es wird immer toller

Sozialdemokratischer Anwalt bekommt Gefängnis für eine Verteidigungsrede

Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Frank ist vom Schnellrichter des Amtsgerichts Blankenburg am Harz zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil er in einer Verteidigungsrede einen Polizeibeamten beleidigt haben soll.

Frank sagte in seiner Verteidigungsrede vor Gericht, daß er in dem fraglichen Prozeß als Verteidiger nur das wiedergegeben habe, was ihm die Angeklagten mitgeteilt hätten. Er habe als Verteidiger das Recht und die Pflicht, im Interesse der Angeklagten das Verhalten der Polizeibeamten und die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen zu kritisieren. Die Grenzen der Verteidigung habe er weder in der Form noch in der Sache überschritten.

Der Staatsanwalt behauptete, der Verteidiger Rechtsanwalt Frank habe nicht erweislich wahre Tatsachen verbreitet, indem er erklärt habe, die Polizeibeamten hätten nicht zugeben können, zuerst auf Arbeiter eingeschlagen zu haben, denn das bedeute ihre Entlassung. Der Polizeibeamte Ridlewski habe den Arbeiter Kallmeyer überhaupt nur festgenommen, weil dieser Kommunist sei. Wäre er Nazi gewesen, so würde er nicht festgenommen worden sein. Die Polizeibeamten gehörten eigentlich auf die Anklagebank; denn wohin solle es kommen, wenn jeder Polizeibeamte bei geringstem Anlaß das Recht hätte, einen Staatsbürger festzunehmen.

Frank bestreitet diese Behauptung des Staatsanwalts und sagt, er sei nach wie vor der Meinung, daß die Verhaftung des Kallmeyer zu Unrecht erfolgt sei. Rechtsanwalt Frank wird Berufung gegen das Urteil einlegen.

Man rechnet mit Reichstagsauflösung

CNB. **Berlin, 7. September.**

Der Empfang des Reichstagspräsidenten Göring, der für Freitag oder Sonnabend in Aussicht genommen war, wird am Sonnabend stattfinden. In Kreisen der Wilhelmstraße bezeichnet man diesen Empfang als einen Höflichkeitsbesuch. In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß bis etwa Mittwoch abend eine Klärung der innerpolitischen Situation eingetreten ist. Nach der augenblicklichen Beurteilung hält man die Auflösung des Reichstags für kaum noch vermeidbar. Sie würde dann also Mitte der nächsten Woche erfolgen. Die Neuwahlen würden dann in der ersten Novemberhälfte, also voraussichtlich am Sonntag, den 6. November stattfinden.

WTB. **Berlin, 7. September.**

Wie wir erfahren, hat Reichstagspräsident Göring die nächste Sitzung des Reichstages auf Montag, den 12. September, nachmittags 3 Uhr pünktlich anberaumt mit der Tagesordnung „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung."

„Reichstag, greif an!"

Unter dieser unglaublichen dreispaltigen Balkenüberschrift leitet der „Vorwärts" die „Offensive gegen Lohnraub", die die SPD führen will, ein. Es wird da der SPD-Antrag im Reichstag auf sofortige Aufhebung der neuen Verordnung zur „Belebung der Wirtschaft" bekanntgegeben.

Es ist natürlich richtig, wenn die SPD im Reichstag, genau wie die KPD, einen derartigen Antrag stellt. Insoweit dieser Antrag den Zweck verfolgt, die Massen aufzurütteln zum Kampf gegen die ungeheuerliche Lohnraubsdiktatur, können wir das nur unterstützen. Aber diesen Zweck verfolgt die SPD offensichtlich nicht, sondern sie sieht in diesem Antrag, in dieser rein parlamentarischen Aktion schon den „Kampf", die „Offensive gegen Lohnraub" selbst und denkt nicht an den sofortigen Kampf der Massen außerhalb des Parlaments.

Das ist die Fortsetzung der alten, sich als völlig verfehlt und äußerst schädlich für die Arbeiterklasse erwiesenen Politik. Sie ist heute geradezu unsinnig, denn erstens hat, wie bekannt, der Reichstag überhaupt nichts mehr zu sagen, zweitens hat er eine reaktionäre Mehrheit. Daß dieser Reichstag „angreifen" soll gegen Lohnraub und kapitalistische Wirtschaftsdiktatur, ist daher neben allem Unsinn eine grobe Irreführung und Täuschung der Arbeitermassen. Sie dürfen sich durch diese SPD-Manöver nicht ablenken lassen vom notwendigen, sofortigen außerparlamentarischen Kampf mit allen Mitteln.

Es wird weiter gesäubert

Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, soll der Leiter der Polizeiabteilung im Preußischen Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. Klausener, zur Disposition gestellt werden. Klausener gehört dem rechten Flügel des Zentrums an und hat immer Wert darauf gelegt, gute Verbindungen zu den Rechtsparteien zu halten. Wenn er jetzt trotzdem verabschiedet werden soll, so beweist das, wie gründlich die neuen Herren ihre Säuberungsaktion durchführen.

Wieder ein Vertrauensmann Schleichers

Zum Preußischen Pressechef ist Herr von Carlowitz, bisher Hauptmann im Reichswehrministerium, ernannt worden. Er gilt als ein besonderer Vertrauensmann des Reichswehrministers von Schleicher.

Katastrophe für Stabschef Roehm

München, 7. September.

CNB. Der seit einiger Zeit schwebende Streit um die von dem Sozialdemokraten Dr. Helmuth Klotz vorgenommene Veröffentlichung der bekannten Roehm-Briefe hat jetzt ein überraschendes Ende genommen. Roehm hatte gegen Klotz eine einstweilige Verfügung in der Angelegenheit beantragt und wurde vom Landgericht abgewiesen. Die mündliche Verhandlung vor dem Oberlandesgericht, die im Juli stattfand, gelangte zu einem Versäumnisurteil, gegen das Roehm Einspruch erhob. Darüber sollte heute vor der zweiten Ferienzivilkammer verhandelt werden. Vor Eintritt in die Verhandlung gab nun der Rechtsbeistand von Dr. Klotz bekannt, daß ihm eine halbe Stunde vor dem Verhandlungstermin eine Erklärung Roehms zugestellt wurde des Inhalts, daß Roehm seinen Einspruch zurückziehe! Eine gleichlautende Erklärung Roehms erhielt auch das Gericht. Damit ist der Antrag Roehms auf ein Verbot der Weiterverbreitung der Broschüre Dr. Klotz, die seine bekannten Briefe wiedergibt, zurückgewiesen und Hauptmann a. D. Roehm hat die ganzen Kosten des Verfahrens zu tragen.

*

Dieses Verhalten des Nationalsozialisten Roehm bedeutet, daß er die Echtheit der kompromittierenden Briefe, in denen sich bekanntlich seine homosexuelle Einstellung bekundete, zugeben muß. Für die Nationalsozialisten, die für sich eine so besonders hohe Moral in Anspruch nehmen, ist das eine unangenehme Sache, zumal Hitler bis zum heutigen Tage den Hauptmann Roehm, den Stabschef der SA, rückhaltlos verteidigt hat. Es ist möglich, daß der jetzige blamable Rückzug Roehms zu heftigen Diskussionen in den Reihen der SA und der NSDAP führen wird.

Im übrigen aber sind wir der Meinung, daß der Kampf gegen den Nationalsozialismus anders, grundsätzlicher geführt werden muß. Mit solchen Enthüllungen, wie sie die sozialdemokratische Presse besonders gern bringt, wird der Nationalsozialismus nicht erledigt werden.

Monstreprozeß vor dem Sondergericht

22 Reichsbanner-Kameraden angeklagt

Breslau, 7. September.

Vor dem Breslauer Sondergericht begann am gestrigen Tage der umfangreichste Prozeß, den diese sattsam bekannte Institution seit ihrem Bestehen geführt hat. Angeklagt sind 22 Reichsbannermitglieder, darunter der sozialdemokratische Parteisekretär Kukielczynski, und zwei Nationalsozialisten. Während diese aber der Körperverletzung beschuldigt werden, sind die Reichsbannerkameraden sämtlich des schweren Landfriedensbruchs angeklagt.

Zugrunde liegen die Vorfälle am 29. Juli auf der Gallestraße.

Nach der Anklageschrift sollen am Nachmittag dieses Tages zwei Propagandawagen der SPD, die die Goethestraße in der Richtung Gallestraße entlang fuhren, einen

bisher nicht ermittelten (!) Nazi

am Gootheplatz niedergeschlagen haben. Die Wagen fuhren nach der Gallestraße weiter, wo die Menge, über deren Herkunft und politische Zugehörigkeit die Anklageschrift bezeichnenderweise nichts aussagt, eine drohende Haltung gegen die Besatzung einnahm. Das wird dem in der Nähe wohnenden sozialdemokratischen Parteisekretär Kukielczynski mitgeteilt, der sich sofort auf den Weg macht.

Er wird auf der Straße von einem Nationalsozialisten erkannt und allein und waffenlos, wie er ist, von der Menge überfallen und niedergeschlagen. Mit klaffenden Wunden und einer schweren Gehirnerschütterung, die ihm durch einen Schlag mit einem Gasrohr beigebracht worden ist, muß der Blutüberströmte ins Krankenhaus gebracht werden.

Während des letzteren Vorgangs aber ist ein mit Reichsbannerleuten besetzter Lastwagen der Firma „Bauhütte" herangekommen. Die Reichsbannerleute springen ab und wollen dem Bedrängten zu Hilfe eilen, da kommt auch **schon das von einem Sozialdemokraten alarmierte (!) Ueberfallkommando und nimmt nun nicht etwa die Nationalsozialisten, sondern die Reichsbannermitglieder fest, von denen sich jetzt 22 wegen schweren Landfriedensbruchs zu verantworten haben. Daß daneben** schoß, zwar festgenommen. Die gesamte Autobesatzung außer dem mitangeklagten Wagenführer aber wurde dann nicht verhaftet, sondern die SA-Leute wurden, obwohl sie der Beihilfe oder zu mindestens der Begünstigung der Tat dringend verdächtigt waren, als Entlastungszeugen vorgeführt. Das ist Klassenjustiz, wie sie deutlicher nicht veranschaulicht werden kann. Beseitigt freilich, das müßte jetzt jedem Proleten klar sein, kann sie nicht werden durch einen aus der berechtigten Empörung geborenen Protest oder durch eine Klarstellung in unserer Presse, die Herr Bracht dann mit einem Verbot beantwortet, sondern durch den Sturz der heutigen Gesellschaftsordnung. (Den Bericht über den weiteren Verlauf und den Ausgang des Prozesses setzen wir in der morgigen Nummer fort.) E. K.

zwei Nationalsozialisten aufgegriffen worden sind, muß einen unter den heutigen Verhältnissen wundernehmen. Aber sie sind nur wegen Körperverletzung angeklagt. Ganz anders der überfallene Kukielczynski, der nicht nur festgenommen worden ist, sondern obendrein wegen schweren „Landfriedensbruchs" und „Rädelsführerschaft" auf der Anklagebank sitzt. Wahrhaftig, ein klassisches Prozeßbild!

Die Verhandlung beginnt am frühen Morgen unter größter Anteilnahme der Presse und der Oeffentlichkeit. Zuhörerraum und Pressebänke sind überfüllt, während man sich um die letzten Eintrittskarten vor der Kartenausgabe fast prügelt. Im Verhandlungsraum ist unter anderen der abgesägte Oberpräsident Lüdemann als Zuhörer. Unter den drei Verteidigern der Reichsbannerangehörigen befindet sich der vom Brieger Prozeß über die Ohlauer Vorgänge bekannte Rechtsanwalt Dr. Braun, Magdeburg, den die Reichsbannerleitung gestellt hat.

Der Vorsitzende des Gerichts ist der rechtsgerichtete Landgerichtsdirektor Schauwecker, die Staatsanwaltschaft wird vertreten durch den sattsam bekannten

nationalsozialistischen Staatsanwalt Patschowski.

Obwohl insgesamt 58 Zeugen geladen, von denen am ersten Tage fast 30 vernommen worden sind, ergibt der Prozeß kein klares Bild. Denn alle diese Zeugen sind Angehörige der NSDAP oder dieser Partei Nahestehende und belasten mit bekannter Einförmigkeit und fast wörtlicher Uebereinstimmung in den Aussagen die angeklagten Reichsbannermitglieder. Der nationalsozialistische Angeklagte Lux von der Fichtestraße 21 soll nach ihren Aussagen nur 1½ m von Kukielczynski entfernt gewesen sein, aber nichts getan haben. Den angeklagten Reichsbannergenossen stehen, da sie von einer großen nationalsozialistischen Menge überfallen wurden, begreiflicherweise wenig Entlastungszeugen zur Verfügung. So wird denn auch dieser Prozeß mit einem drakonischen Klassenurteil gegen die teilweise nur zufällig hinzugekommenen Proleten enden! Zu der Vermutung berechtigt um so mehr der Umstand, daß diesmal die Besatzung des bei dem Vorgang beteiligten Autos restlos verhaftet und in den Anklagezustand gebracht worden ist. Vor einigen Tagen, das ist unseren Lesern noch erinnerlich, lag es umgekehrt. Da wurde der gelegentlich des Vorfalls auf dem Weißenburger Platz verhaftete SA-Mann Vogt, der ohne Anlaß einen Menschen nieder-

19 jähriger zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt

Nazi angeklagt und Staatsanwalt für Milde

„Vor dem Liegnitzer Sondergericht hatte sich der 19 Jahre alte Schornsteinfegerlehrling Walter Bittermann aus Bunzlau wegen schweren Diebstahls, versuchten Totschlags und unbefugtem Waffenbesitz zu verantworten. Bittermann war am 15. August in Doberau, Kreis Bunzlau, in ein Gasthaus eingedrungen und hatte dort, als er von zwei Frauen, die ein Kind zu Bett bringen wollten, gestört wurde, auf diese beiden Frauen geschossen und dabei eine von ihnen schwer verletzt. Bei diesem Einbruch wurden 15 RM gestohlen. Einige Tage darauf wurde B. in Bunzlau verhaftet. Man fand bei ihm zwei Revolver mit viel Munition, einen Dolch und eine Broschüre über die Behandlung von Sprengstoff. B. legte ein Geständnis ab und gab zu, daß er bereits am 21. Juli in demselben Gasthaus einen schweren Diebstahl verübt und etwa 80 RM erbeutet hatte. Auch wegen dieses Einbruchs wurde verhandelt. Die Mutter und der Vormund des Angeklagten stellten B. ein gutes Zeugnis aus. Der Staatsanwalt beantragte im Hinblick auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten und da es sich um keinen Terrorakt handele, unter Zubilligung mildernder Umstände sechs Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrenrechtsverlust. Das Urteil lautete auf acht Jahre Zuchthaus und acht Jahre Ehrenrechtsverlust. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, das Gericht habe bei dem Angeklagten Tötungswillen angenommen. Es sei unverantwortlich, daß Minderjährige in dieser Weise schon mit Waffen umgehen."

*

Der Staatsanwalt stellt fest: „Bisher unbescholten", „Kein Terrorakt". Er beantragt 6 Jahre Zuchthaus — und das Gericht verurteilt ihn zu 8 Jahren Zuchthaus? Warum die Milde des Herrn Staatsanwalts? Nun, weil der Schornsteinfegerlehrling ein strammer Nazijüngling ist — und die muß man schonen ...

Sonst, bei Proleten, ist der Staatsanwalt immer derjenige, der in der Regel höhere Strafen beantragt, als das Gericht dann welche beschließt.

SAP-Mitglieder-versammlung in Breslau

Die äußerst stark besuchte Mitgliederversammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei Breslau am Mittwochabend im Bergkeller beschäftigte sich mit den Aufgaben der Partei und jedes einzelnen Genossen in der Gewerkschaftsbewegung.

Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden, Genossen Eckstein, mit einer Solidaritätskundgebung für die durch Sondergerichtsurteile im Gefängnis schmachtenden Genossen Erdmann Schwirs, Jürschke sen. und junior, Langner eröffnet. Unter Protestrufen gegen die Klassenjustiz und dem Gelöbnis, mit unseren gefangenen Genossen in jeder Hinsicht Solidarität zu üben, stimmte die Versammlung den Ausführungen Ecksteins zu.

Hierauf hielt Genosse Enderle ein grundsätzliches Referat über „Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit" und die speziellen Aufgaben der SAP-Genossen auf diesem Gebiet. Er schilderte die Rolle der Gewerkschaften in der Gesamtarbeiterbewegung, ihre Kampf- und Erfolgsmöglichkeiten im aufsteigenden Kapitalismus, in der guten Konjunktur und die Schwierigkeit, ja teilweisen Unmöglichkeit des nurgewerkschaftlichen Kampfes in der jetzigen Krise des Kapitalismus. Die reformistische Gewerkschaftsführung will dieser völlig veränderten Situation nicht Rechnung tragen, sie hat in den letzten Jahren ihre ganze Taktik auf eine baldige neue Hochkunjunktur eingestellt. Auf diese falsche Einstellung ist das Versagen der Gewerkschaften gegenüber dem Lohn- und Sozialabbau zurückzuführen. Für jeden klassenbewußten Gewerkschaftler ergibt sich daraus die Notwendigkeit des radikalen Kurswechsels in der Gewerkschaftsführung in der Richtung zu revolutionären, politischen Massenkämpfen unter Einsatz der Machtmittel der Gewerkschaften.

Der Referent behandelte dann das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Arbeiterparteien überhaupt und zu der SAP im besonderen. Er wies dabei mit allem Nachdruck darauf hin, daß wir uns in jeder Hinsicht positiv zu den freien Gewerkschaften stellen, unsere ganze Kraft für ihre Verteidigung und Stärkung einsetzen und daher jede Gewerkschaftsspaltung aufs schärfste bekämpfen. Deshalb sind wir auch schärfste Gegner der RGO.

Die SAP denkt nicht daran, als Partei die Gewerkschaften bevormunden zu wollen, sondern ihr Bestreben ist, durch ihre Parteimitglieder in den Gewerkschaften ihre Auffassungen in Gewerkschaftsfragen zum Ausdruck zu bringen, in diesem Sinne die Gewerkschaften zu beeinflussen und für den revolutionären Klassenkampf zu wirken.

Zum Schluß behandelte der Referent die Differenzen mit führenden Genossen im Breslauer Metallarbeiterverband. Er vertrat dabei den Standpunkt, der schon in der SAZ durch einen Artikel über das Verhalten der Breslauer DMV-Delegation auf dem Dortmunder Verbandstag zum Ausdruck gebracht wurde.

In der Diskussion sprach als erster der Genosse Oppler, der die vom Vorstand vorgelegte Resolution zu dieser Frage begründete und dabei auf die bisherigen Differenzen mit dem Genossen Ziegler einging.

Mit unbegrenzter Redezeit verteidigte sodann Genosse Ziegler seine Auffassung und Handlungsweise. Er wäre sich keiner Schuld bewußt. In seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit fühle er sich nur seiner Gewerkschaft gegenüber verantwortlich. Im übrigen wären die gegen ihn erhobenen Vorwürfe künstlich aufgebauscht. Die Fragen der Urwahl, der Aufnahme von Arbeitslosen in den Verband usw. wären untergeordneter Bedeutung.

Es sprachen noch die Genossen Kluge und Müller, die gegen Ziegler Stellung nahmen. Nach einem kurzen Schlußwort wurde unter starker Erregung die Abstimmung vorgenommen. Außer der Vorstandsresolution lag ein Antrag des Stadtteils Norden auf Ausschluß des Genossen Ziegler aus der Partei vor. Im Namen des Vorstandes ersuchte Genosse Eckstein, die Vorstandsresolution anzunehmen und damit alle weitergehenden Anträge für erledigt zu betrachten. Gegen eine starke Minderheit, die weitergehen wollte, wurde dann die Vorstandsresolution angenommen. Sie lautet:

„Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit auf der Grundlage des Beschlusses des Parteitages der SAP zu leisten, ist die Pflicht der Partei und jedes Parteigenossen, daher ist die gewerkschaftspolitische Haltung des Genossen Ziegler in den letzten Monaten zu mißbilligen und um so mehr zu verurteilen, als Genosse Ziegler bisher das Amt des Organisationsvorsitzenden inne hat. Der Vorstand wird beauftragt, im Zusammenwirken mit allen SA-Genossen des Metallarbeiterverbandes die Differenzen gründlich zu besprechen und die sich aus der Diskussion ergebenden Konsequenzen zu ziehen."

Zum Schluß wurde noch bekanntgegeben, daß am 2. Oktober die Einjahr-Gründungsfeier der SAP im Konzerthaus begangen wird. Außerdem wurden alle Genossen aufgefordert, zwecks materieller Unterstützung unserer politischen Gefangenen für den reichlichen Vertrieb der hierzu ausgegebenen Karten zu sorgen. Mit einem Hoch auf die SAP fand die Versammlung ihr Ende.

Ein mißlungenes Theater!

In der gestrigen Mitgliederversammlung im Bergkeller wollte Genossin Anna Felsen mit großem Pathos und großer Wichtigtuerei ihren Austritt aus der SAP erklären. Nachdem sie längst bei uns in der Mitgliederliste gestrichen ist. Zu diesem Zweck erwarb sie noch zu Beginn der Versammlung für zwei Monate Beitragsmarken der SAP. Sie fand in der Mitgliederversammlung für ihre Tirade kein Verständnis und mußte zu ihrem Schmerz wieder feststellen — wie schon so oft — daß sie von der Breslauer Arbeiterschaft nicht mehr ernst genommen wird.

Ein neues Staatsorgan

Einrichtung einer Brandkommission

Der Regierungspräsident hat, wie aus Görlitz gemeldet wird, um weitere „Verluste am Volksvermögen" zu vermeiden und um die Zahl der Brände im Landgerichtsbezirk Görlitz, die sich — wie wir ja auch bereits wiederholt betont — stark erhöht haben, zu steuern, eine Brandkommission eingesetzt, da anzunehmen ist, daß in den meisten Fällen Brandstiftung vorliegt. Im Bericht eines bürgerlichen Nachrichtenbüro heißt es:

„Die Brandkommissionen befinden sich in ständiger Bereitschaft. Sie nehmen am 8. September 1932, mittags 12 Uhr, ihre Tätigkeit auf.

Jede Brandkommission besteht aus einem Oberlandjägermeister als Leiter und zwei Oberlandjägern als Mitgliedern.

Jede Brandkommission ist mit Tatbestandskamera, Tatbestandskoffer, Schreibmaschine und Kraftwagen ausgerüstet.

Damit der Zweck der Brandkommission erreicht werden kann, ist es unbedingt notwendig, daß die jeweils zuständige Brandkommission sofort von jedem Brande fernmündlich in Kenntnis gesetzt wird, und daß die Bevölkerung zur Aufklärung jedes Brandes dadurch mitwirkt, daß zweckdienliche Wahrnehmungen über die Ursache des Brandes entweder der Brandkommission oder der Staatsanwaltschaft in Görlitz unverzüglich mitgeteilt werden.

Für Angaben, die zur Ermittlung oder Ergreifung eines Brandstifters bei einem Gebäudebrand geeignet sind, setzt der Oberstaatsanwalt in Görlitz eine Belohnung bis zu 1000 RM. unter Ausschluß des Rechtsweges aus."

*

Wie heißt es? „Verluste am Volksvermögen?" Nanu, sollte sich der Herr Regierungspräsident hier versprochen oder verdiktiert haben? Er meint doch sicher „Verluste am Privatvermögen", oder darf man hier die Feststellung machen, daß der „Schutz des Privatbesitzes", der ja bekanntlich heiligste Aufgabe der bürgerlichen Klassenstaatsorgane ist, einen neuen Markentitel erhalten hat?

Die Breslauer Jungarbeiterschaft

hält sich Sonnabend, den 10. September frei und kommt nach der Monistischen Gemeinde, Grünstraße zu einer Veranstaltung für den Internationalen Jugendtag, zu der aufruft

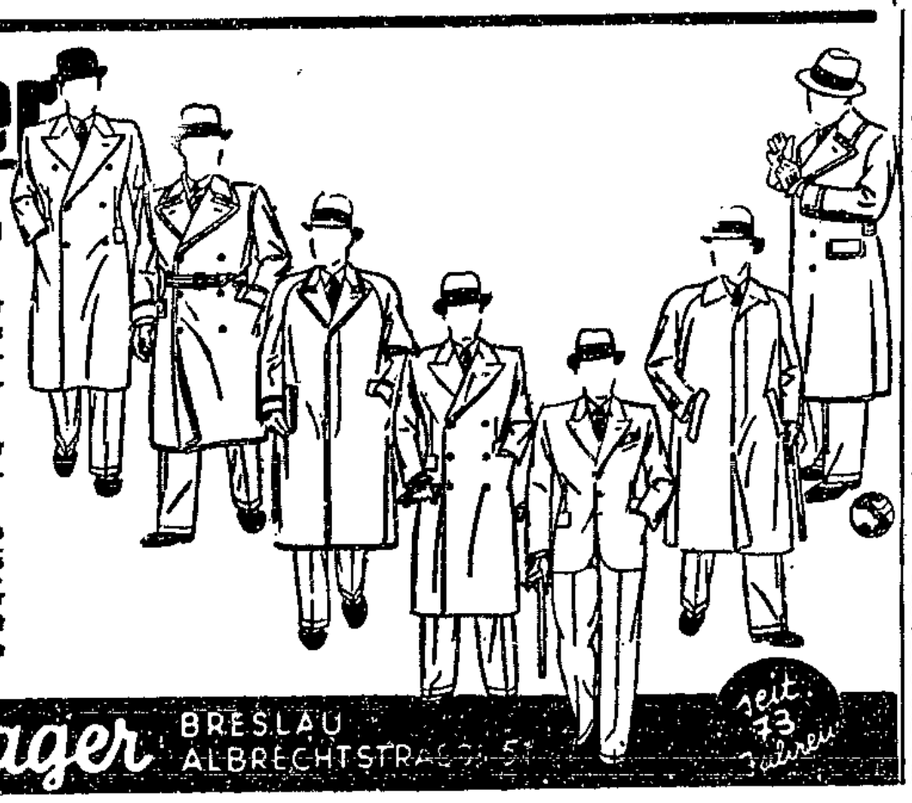
Die Aktionsgemeinschaft der proletarischen Jugend.

Prager ruft --

um alle Breslauer vor ein Rätsel zu stellen: Das Rätsel seiner unbegreiflichen Billigkeit.

Nicht Lockpreise, aber echte, wahre Prager-Leistung!

Wintermäntel ab 10.90
Herrenanzüge ab 12.75
man muß es selber sehen -- Prager sorgt doch besser für seine Kunden!



L. Prager BRESLAU ALBRECHTSTRASSE 51 seit 73 Jahren

25 eigene Verkaufsstellen!

Versand gegen Nachnahme oder Vorauszahlung ohne jeden Skonto ab Breslau — Verpackung zum Selbstkostenpreis, wird nicht zurückgenommen — Flaschenpfand Vollvergütung

Beantwortung, warum wir die besten Branntwein- und Getreidekornmarken in Breslau besitzen!

1. Weil wir den Getreidefeinsprit nur von dem neuerbauten Werk der D. K. V. (Deutschen Kornbranntwein-Verwertungsstelle) in Münster-Lüdinghausen beziehen. Die technische Vollkommenheit dieses neuerbauten Reinigungswerkes steht in Deutschland einzig da (im wahrsten Sinne des Wortes ein Veredelungswerk).

2. Zum Getreidemutterkornverkauf hat die D. K. V. nur drei leistungsfähige Dickmaisch-Kornbrennereien in Deutschland zugelassen und zwar zwei in Nordhausen und eine in Celle. Durch monatelanges Probieren haben wir die eine Dickmaisch-Kornbrennerei in Nordhausen bevorzugt, welche nach unseren Feststellungen die feinsten, reinsten und hochwertigsten Qualitäten liefert. Da wir das größte Unternehmen Ostdeutschlands unserer Art sind, haben wir von dieser Dickmaisch-Kornbrennerei das alleinige Bezugsrecht für Breslau erhalten, wodurch wir in der Lage sind, die feinsten, reinsten und hochwertigsten Branntwein- und Getreidekornmarken in Breslau herzustellen.

Fache-Branntwein-Marken:

Feiner Breslauer	vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn . . . . 25% Ltr.-Fl.	1.40
Feiner alter Breslauer	der altberühmte Breslauer mit Getreidekorn 25% Ltr.-Fl.	1.50
Fache Edelmarke	mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn . . . . 29% Ltr.-Fl.	1.70
Fache Krem	rassig, gehaltvoll durch Weizenkorn 32% Ltr.-Fl.	1.90
Fache Exquisit	pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack . . . . 38% Ltr.-Fl.	2.30

Preise ohne Flasche

Fache-Getreidekorn-Marken:

Fache Weizenkorn	der berühmte alte Breslauer Korn, unser Stolz . 32% Ltr.-Fl.	2.20
Fache Roggenkorn	die Elite-Qualität . 32% Ltr.-Fl.	2.20
Fache Getreidekorn	unsere Standardmarke, etwas ganz Auserlesenes, 37% Ltr.-Fl.	2.60
Jagdkorn	(Doppelkorn), vollaromatisch, rassig, ebenbürtig den führenden Marken d. Kontinents 42%, 0,8 Ltr. in Original-Steinkrügen	2.50

Die Ferientätigkeit der Arbeiterkinderfreunde

Bericht und Ausblick

In einer nicht sehr gut besuchten Mitgliederversammlung wurde über die hinter uns liegende Ferienarbeit der Arbeiterkinderfreundebewegung Bericht erstattet.

Genosse Kirschke:

Die Schulferien liegen hinter uns und mit ihnen die Ferientätigkeit für unsere Organisation. Zahlen sprechen immer am deutlichsten: In der Kinderrepublik „Roter Aufbau" waren 22 Falken für 8 Tage und 76 Falken für 17 Tage untergebracht. Von diesen hatten 62 Falken bisher in früheren Jahren an keiner Kinderrepublik teilgenommen. Ueber die Hälfte der Falken waren Kinder, deren Eltern erwerbslos sind. Somit kann man mit der Errichtung gerade des diesjährigen Zeltlagers einer Kinderrepublik von einer wirklich großen sozialen Tat sprechen.

Das Lager war gut eingerichtet. Bei fast durchweg allen Lagerbesuchern konnte eine körperlich gute Erholung festgestellt werden. Der Erfolg der pädagogischen Arbeit war durchweg zufriedenstellend. Eine große Anzahl von wesentlichen Lagerveranstaltungen ist zu verzeichnen: Geländespiel, ein Sporttag für Falken, zwei Ganztagewanderungen, eine Oderschwimmfahrt, ein Kindernachmittag für die Peisterwitzer Arbeiterkinder, Besuchssonntage, Beteiligung an Veranstaltungen der Peisterwitzer Arbeiterschaft.

Da die Kinderrepublik ohne wesentliche behördliche Einschränkungen durchgeführt werden konnte, so konnte man auch allen sozialpolitischen wie pädagogischen Aufgaben gerecht werden.

Besucher des Lagers haben sich fast durchweg zustimmend über Einrichtung und Gestaltung ausgesprochen. Auch unsere Gegner mußten das positiv zugeben.

Allen denen, die zu diesem Erfolge pekuniär oder ideell beigetragen haben, sagen wir Dank. Besonders dem Konsum-Verein „Vorwärts", der uns beim Transport der Lagergeräte wertvolle Hilfe geleistet hat. Dank allen Genossen, die uns durch Naturalspenden tatkräftigst unterstützt haben.

Genosse Fleischhauer:

Für die Falken, die leider zu Hause bleiben mußten, wurde im Monat Juli das Kindererholungsheim „Waldfrieden" in Stabelwitz gemietet. Obgleich die pädagogische Arbeit unter dem häufigen Wechsel in der Zusammensetzung der sich im Erholungsheim aufhaltenden Falken etwas beeinträchtigt, so wurde dieser Aufenthalt doch zu einem starken und einprägsamen Gemeinschaftserlebnis.

Wiederholte Wanderungen und der Besuch einer Musterwirtschaft brachten Abwechslung.

Genosse Geppert leitete die Ferienarbeit in Breslau. Bei den Wanderungen im Rahmen dieser Tätigkeit wurde eine stattliche Anzahl Falken erfaßt. Ein geplantes Waldfest mußte infolge des Burgfriedens in eine interne Veranstaltung umgewandelt werden. Der letzte Ferientag sah die Falken im „Proleton" versammelt, wo ihnen im Rahmen einer Solidaritätsfeier der Tonfilm „Kameradschaft" kostenlos gezeigt wurde.

Zahlenmäßig betrachtet spiegelt sich die Ferientätigkeit der Arbeiterkinderfreunde wie folgt:

	Teilnehmer	Ferientage
Kinderrepublik	122	1 346
Ferienheim	132	1 032
Breslau	973	973
Insgesamt	1 137	3 351

Ein solcher Erfolg konnte nur durch den Verzicht der Eltern auf persönliche Freuden gezeitigt werden.

Kommende Arbeit

Genosse Kirschke skizziert: In Zukunft muß noch aktiver gearbeitet werden als bisher. Die Reaktion befindet sich auf dem Vormarsch und will die letzten Errungenschaften des Proletariats vernichten. Der Ausbau unserer Bewegung bis in die letzten Kleinigkeiten ist unerläßlich. Politische Müdigkeit und Schwäche dürfen wir nicht kennen. Es gilt weite Kreise zu aktivieren.

Die parteipolitische Neutralität muß betont werden, damit aus unserer Bewegung eine wirklich proletarische Kampfgemeinschaft entsteht.

Der Kassierung muß zur Durchführung der Arbeit und der anderen Kampfmaßnahmen bedeutendes Gewicht beigelegt werden, denn davon hängt das Leben und der Bestand unserer Bewegung ab. Der Erwerbslosenbeitrag ist nur gering.

Ein eigenes Liederbuch und eigene Kampfmarken sollen herausgegeben werden. Die Parole heißt Aktivität und nochmals Aktivität!

240 Zentner Korn verbrannt

Sagan, 7. September.

In Wendisch-Hermsdorf brannte in der Nacht zum Montag ein Getreideschober des Domänenpächters Neumann nieder, in dem sich 240 Zentner Getreide befanden, die am Montag ausgedroschen werden sollten. Die Dreschmaschine war bereits an Ort und Stelle, und auch sie fiel dem Feuer zum Opfer. Man vermutet böswillige Brandstiftung.

Millionenschaden durch den Weizenrost

Neustadt, 7. September.

Nach den amtlichen Feststellungen beträgt der Ertragsausfall durch den Weizenrostbefall in allen Gemeinden des Kreises durchschnittlich 60 bis 70 Prozent, teilweise noch mehr. Da der vom Rost befallene Weizen minderwertig ist und zur Verwendung als Nahrungsmittel nicht mehr in Betracht kommt, kann er allenfalls als Futtermittel verwandt und verkauft werden. Der Landwirt erzielt dafür aber nur einen Verkaufspreis unter 5 Mark. Der Schaden, den die Landwirtschaft des Neustädter Kreises durch den Rostbefall des Weizens erleidet, beträgt etwa 2 Millionen RM. Es sind allein 20 200 Zentner Weizensaatgut zur Beschaffung angemeldet worden.

Wo ruft die Pflicht?

Sorgt für die Anmeldung der Lernanfänger in die weltliche Schule.

Wie man in Antikommunismus macht

Die bürgerliche Presse bringt unter der bewußt antikommunistischen Ueberschrift „Ehemaliger kommunistischer Abgeordneter unter Kindesmord-Verdacht verhaftet" — einige Zeitungen bringen es sogar unter der Schlagzeile „Kommunistischer Abgeordneter" — folgende Sensationsmeldung, die bewußt zu einer Hetze gegen den Kommunismus und gegen Sowjetrußland ausgenutzt wird:

„Die Waldenburger Kriminalpolizei hat, Blättermeldungen zufolge, den früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten Schulz unter Mordverdacht an seinem zehnjährigen Sohn verhaftet. Schulz, der als brutaler Mensch bekannt ist, mißhandelte seine beiden zehn- und elfjährigen Kinder schwer. Die Polizeibeamten fanden den Elfjährigen in der Wohnung mit erheblichen Verletzungen am ganzen Körper vor. Auf die Frage nach seinem zehnjährigen Sohn gab Schulz an, er hätte ihn einer unbekannten Frau mit nach Rußland gegeben. Da die Polizei den Verdacht hat, daß er das Kind zu Tode mißhandelt und dann beseitigt hat, verhaftete sie ihn. Schulz lebt in zweiter Ehe von seiner Frau getrennt mit den Kindern allein. Seine erste Frau hatte sich wegen der dauernden Mißhandlungen von ihm scheiden lassen. Seine zweite Frau lebt aus demselben Grunde getrennt von ihm. Schulz wurde vor kurzem aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Er gilt als überaus brutaler Mensch."

Wie wir erfahren, hat die kommunistische Parteileitung schon zu Beginn des Jahres 1930 Schulz wegen

moralischer Verkommenheit

und parteischädigendem Verhalten ausgeschlossen. Die Version, daß Schulz seinen 10jährigen Sohn nach Rußland abgeschoben hat, ist völlig aus der Luft gegriffen und kann auch hier nur als ein Zeichen, wie man dem Leser der bürgerlichen Presse Tropfen für Tropfen antikommunistischen Giftes einflößt, gewertet werden.

Ein Tropfen auf den heißen Stein

Sagan, 7. September.

Am Dienstag ist mit dem Neubau der Tschirnebrücke und der Mühlgrabenbrücke bei Herrenmühle dicht vor der Stadt Sagan im Zuge der Hauptdurchgangsstraße Sagan-Sorau begonnen worden. Die Gesamtkosten der drei Brückenbauten, die in Beton ausgeführt werden, betragen rund 200 000 RM. Durch die bis Ende November dauernden Arbeiten sind große Umleitungen des Verkehrs notwendig geworden.

coffeinfrei und daher völlig unschädlich.
10% billiger
zu haben bei:
Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft
Kolonialwaren
Weine — Spirituosen

Die Staatsautorität wieder einmal gerettet

2 Kommunisten verhaftet

Aus Glogau wird unter dem 7. September gemeldet:

„Hier wurden zwei Kommunisten festgenommen, die während der im Kreise Glogau stattgefundenen Manöverübungen unter den Pionieren des 4. Magdeburger Pionierbataillons kommunistische Zersetzungsschriften verteilt hatten. Die Pioniere des Bataillons hatten sofort Meldung erstattet, so daß die Festnahme der Kommunisten erfolgen konnte."

*

„Die Pioniere des Bataillons haben sofort Meldung erstattet." Die Pioniere, die offensichtlich durch Vorschriften und durch Ermunterungen ihrer Vorgesetzten hierzu angehalten worden — sind sicher der Ueberzeugung gewesen, damit eine gute Tat begangen zu haben.

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68.

Distrikt 48/52, Carlowitz und Rosenthal: Donnerstag, den 8. September, findet bei Krause, unsere Frauenversammlung statt. Erscheint pünktlich und bringt Bekannte mit. Referent: Genosse Nevermann.

Kommission für die Ausgestaltung der Einjahresfeier der SAP. Erste Sitzung am Freitag, 17 Uhr, im Sekretariat, Kl. Holzgasse. Alle Organisationen haben Vertreter zu entsenden.

sap. stadtteil zimpel-bischofswalde

donnerstag, 8. september 1932, 20 uhr, bei wittke, zimpeler straße:

roter abend

motto: paragrafenpeitsche über deutschland.

rezitation, gesang, humor, satire, sprechchor.

SJV

Sekretariat, Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Internationaler Jugendtag. Die Kartenabrechnung erfolgt Sonnabend um 19 Uhr, an der Abendkasse. Zur Ausschmückung brauchen wir sämtliche Heimfahnen.

Monistische Jugend. Achtung, Sonnabend beteiligen wir uns am Internationalen Jugendtag.

Heim 1, Grünstraße 14/16: Heut, 19.30 Uhr, referiert Gen. Reisner über Sondergerichte und ihre Auswirkung. Sehr wichtig, daß alle erscheinen.

Heim 2, Friedr.-Wilh.-Straße: Heut, 19.30 Uhr, Tagespolitische Rundschau mit Gen. Heinz Cohn. Gäste willkommen.

STADTTHEATER
Donnerstag, 20 — geg. 22.45 Uhr
Der Opernball
Freitag, 20 — 22.45 Uhr
Die verkaufte Braut
Sonnabend, 20—23 Uhr
Der Freischütz

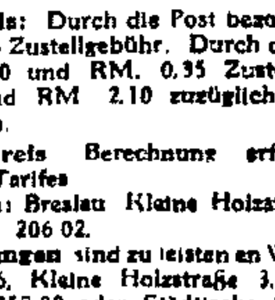
LOBETHEATER
Täglich 20.15 — 22.30 Uhr
Die Journalisten

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15 — 22.30 Uhr
Und Pippa tanzt

Logis
für zwei Genossen zu vermieten bei GRUND, Rosenthaler Straße 29, II.

Besucht das „Proleton"
Arbeiter-Sport-Kartell

KABA
das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
jetzt billiger:
Das Paket 30 u. 60 Pfg.



zu haben bei:
Kolonialwaren • Spirituosen • Zigarren
Karl Kirchner
Edeka-Geschäft — Brandenburgerstraße 21

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weidend 3422
Freitag, 9. Sept.
8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Freitag, 9. Sept.
4.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingsluft

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3 I Treppe. Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2,10 zuzüglich RM 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis Berechnung erfolgt auf Grund unsere Tarifes

Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3 I Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Nachwort zum Essener Katholikentag

Rein äußerlich sind die katholischen Großgrundbesitzer und die schlecht entlohnten Landarbeiter, die hohen Kirchenfürsten im prunkvollen Ornat und die hohlwangigen kleinen Leute, die Industriebarone und die Proleten aus Fabrik und Schacht durch die katholische Weltanschauung geeint. Aber so sehr die Kirche bemüht ist, diesen einigenden Glauben in den Vordergrund zu rücken — das tägliche Geschehen rüttelt immer wieder an den Banden des Glaubens und bringt dem Proleten mit jedem Tage aufs neue zum Bewußtsein, daß neben dem Glauben stärkere Dinge existieren und für sein Schicksal bestimmend sind. Diese Dinge und die Erkenntnis ihres Zusammenhangs reißen immer aufs neue die Kluft auf im „katholischen Volksteil", die Kluft der Klassen. Und die Politik der katholischen Partei tut ein übriges. Daß Brüning Not verordnete, daß der „katholische Staatsmann" Papen auf diesem Wege fortschreitet und Brüning noch überbietet, daß das Zentrum, das nach dem Ausspruch Bachems auf dem Katholikentag, wenn nicht die politische Vertretung, so doch die Hauptvertretung der Katholiken ist, sich jetzt mit Hitler koalieren will — all dies weckt ständig neue Zweifel in den Reihen der katholischen Arbeiter. Gewiß, noch folgen hunderttausende katholische Arbeiter blindlings den politischen Parolen ihrer Kapläne; aber sind nicht schon Zehntausende aus dem Zentrumslager ausgebrochen und haben sich in die Klassenfront eingereiht, während andere Zehntausende nur infolge des Versagens der proletarischen Parteien bei der Stange gehalten oder nur durch stärksten religiösen Druck für das Zentrum wieder gewonnen werden konnten!

Auch im Zentrumslager kennt man diese Zusammenhänge, kennt die Stimmung unter den katholischen Proleten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Deshalb die Verlegung des Katholikentages nach Essen, deshalb auch die Abhandlung des Hauptthemas „Christus in der Großstadt" in Dutzenden Variationen. Wie sag ich's meinen Kindern ohne ihnen etwas Positives zu sagen und ohne sie vor den Kopf zu stoßen? Von diesem Gesichtspunkt ließen sich in den öffentlichen Kundgebungen alle Referenten leiten, mochte es sich um den päpstlichen Nuntius, um Kardinäle, Bischöfe und Paters, um Minister, Politiker oder Wissenschaftler handeln. Frau Schlüter-Hermkes konnte ausrufen, daß für den Katholiken der Kapitalismus als Weltanschauung unmöglich sei, daß der Kapitalismus an der Arbeitslosigkeit die Schuld trage, aber sie durfte auch, nach einem Hinweis auf Christus, widerspruchslos beifügen, daß „die schwere Not der Arbeitslosigkeit dem Menschenwesen auch zum Heile gereichen kann! Und stellte Leo Fußhöller fest: „Wer hat uns heute die ungeheure Not gebracht? Um es ganz kurz zu sagen: der Mißbrauch der kapitalistischen Wirtschaftsweise", so konnte ein anderer sagen, die Armut sei durchaus nichts Schweres, denn auch Christus sei arm gewesen und habe die Armut geliebt! Wieder ein anderer, Bischof Groeber (Freiburg), wandte sich mit den schärfsten Worten gegen die „unchristlich überspannten sozialen Forderungen" der Arbeiter, während Papens intimer Freund, der Redakteur Ritter-Köln, gegen die wirklichkeitsfremden Wunschbilder und die verantwortungslosen Forderungen der Arbeiter wetterte. Runden wir das Bild ab: Vorsitzender Bernhard Otte des Verbandes der christlichen Arbeiter durfte bei der Arbeiterkundgebung nur eine zensurierte Rede halten und mußte einen Passus über die hungernden Volksmassen und über die Widersprüche zwischen der Notverordnung Papens und der christlichen Sozialauffassung streichen. So wird jeder aus den Reden des Katholikentages etwas anderes herauslesen und für den jeweiligen Gebrauch zurechtlegen können.

Wie es praktisch aussieht, lehren die Rede über Schulwesen, über Kulturfragen, lehrt das Bekenntnis des preußischen Staatskommissars Bracht, daß der Katholik der Obrigkeit untertan sein müsse, lehren auch die Einzelheiten, die über die hinter verschlossenen Türen abgehaltenen Vertreterversammlungen bekannt geworden sind, wobei es sich um das Verhältnis zu den Nationalsozialisten und zu dem „guten Katholiken" Papen handelte. Auffällig war ja auch, daß in der Oeffentlichkeit kein Wort gegen die Nationalsozialisten fiel, obwohl gerade im Rheinland noch vor wenigen Wochen das Zentrum und die katholische Geistlichkeit den wütendsten Wahlkampf gegen Hitler geführt hatten, und nicht minder auffällig ist die dem Katholiken-Ausschuß der Deutschnationalen gemachte Konzession über die Gestaltung künftiger Katholikentage.

Das Zentrum bleibt, was es immer war: eine reaktionäre Partei. Nur wird der Kurs jetzt auf der ganzen Linie offener reaktionärer sein, als er bisher gewesen. Das ist das Fazit des Essener Katholikentages.
C. M.

Pazifisten-Kongreß

Wien, 7. September.

WTB. Unter zahlreicher Beteiligung wurde heute vormittag der 29. internationale Weltfriedenskongreß im österreichischen Parlament in Anwesenheit zahlreicher Diplomaten und offizieller Vertreter mit einer kurzen Ansprache des Präsidenten der österreichischen Friedensgesellschaft, Dr. Schönfeld, eröffnet. Die Begrüßungsreden hielten Präsident Dr. Renner und als Vertreter der österreichischen Bundesregierung Bundesminister Dr. Ach. Redner des Tages waren Senator Lafontaine-Brüssel, Mister Madison-London, Professor Le Foyer-Paris und Professor Quidde-München.

Karikas kommt vor ein ordentliches Gericht

Die Deutsche Liga für Menschenrechte teilt mit, daß ihre französische Schwesterliga nach der furchtbaren Hinrichtung der ungarischen Kommunisten Sallay und Fürst auf Grund des § 76 des Vertrages von Trianon in der Angelegenheit des mit dem Tode bedrohten Schriftstellers Karikas bei der französischen Regierung interveniert und diese mit der ungarischen Regierung Fühlung genommen hat. Die Fühlungnahme hat ergeben, daß Karikas nicht dem Sondergericht zugewiesen worden ist, welches Sallay und Fürst verurteilt hat, sondern daß er im Herbst vor ein ordentliches Gericht gestellt werden wird.

Faschisten-Miliz in Polen

Warschau, 7. September.

CNB. Der Kriegsminister hat eine Verordnung erlassen, durch die der im Regierungslager stehende polnische Schützenverband den Charakter einer Miliz erhält. Der Oberkommandant des Verbandes wird mit dem Rang eines Brigadegenerals in das Kriegsministerium aufgenommen. Ihm wird ein Stab von aktiven Offizieren im Range von Hauptleuten bis zu Obersten an die Seite gestellt. Die Bezirkskommandanten des Verbandes werden als aktive Offiziere verschiedenen polnischen Korpskommandos eingegliedert.

Sowjetfahne auf dem Kopenhagener Rathausturm

Kopenhagen, 6. September.

Am Rathausturm ist heute nacht eine rote Fahne mit Sichel und Hammer und der Aufforderung, bei der heute stattfindenden Wahl der Wahlmänner für das Landsting kommunistisch zu stimmen. Der „Täter" hat die Fassade des Turmes an den Dachrinnen erklettert und in einer Höhe von etwa 30 Metern die Flagge an einem Blitzableiter befestigt. Große Aufregung darob bei den Rathausbeamten.

Gorki-Feiern in der Sowjetunion

Moskau, 7. September.

Am 25. September wird es 40 Jahre, seit Maxim Gorki literarisch tätig ist. Die Sowjetunion nimmt diesen Tag zum Anlaß, große Feierlichkeiten zu Ehren des Dichters zu veranstalten. Ein offizielles Komitee, das von der Sowjetregierung eingesetzt wurde, wird ein oberstes Literaturinstitut gründen, das den Namen Gorkis trägt, verschiedenen Hochschulen werden Gorki-Stipendien, zur Förderung literarischer Tätigkeit wird ein jährlich fälliger Gorki-Preis gestiftet, ferner wird eine Jubiläumsausgabe der Werke des Dichters erscheinen und auch Filme werden nach Motiven aus dem Schaffen des Dichters gedreht werden. Ueberdies planen die Theater große Ehrungen für Gorki.

Politisch oder unpolitisch

Sprengstoffanschlag auf einen litauischen Zugführer

Eydtkuhnen, 8. September.

Auf den litauischen Zugführer des zwischen Kowno und Eydtkuhnen verkehrenden Personenzuges 24 ist gestern ein Anschlag verübt worden. Es wurde ihm in Kowno ein an seine Adresse gerichtetes Paket überreicht; als er es auf der Fahrt öffnete, explodierte der Inhalt. Der Zugführer wurde vom Zugpersonal in lebensgefährlich verletztem Zustande aufgefunden. Der Wagen wurde ebenfalls beschädigt. Ueber die Gründe zu dem Anschlag ist neueres noch nicht bekannt.

Lustmord an einer Sprachlehrerin

Berlin, 7. September.

Die 56 Jahre alte Sprachlehrerin Carl-Bruscato wurde gestern abend in ihrer Wohnung tot aufgefunden.

Frau Carl lebte seit einiger Zeit von ihrem Manne geschieden und betätigte sich als Sprachlehrerin. Als gestern abend die erwachsene Tochter bei ihrer Mutter erschien, wurde auf ihr Klopfen nicht geöffnet, sodaß sie das Ueberfallkommando herbeirief. Die Beamten öffneten die Wohnung und fanden Frau Carl tot auf dem Fußboden liegend. Der Tatbestand läßt die Vermutung zu, daß an der Frau ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden ist. Die Mordkommission wurde benachrichtigt.

Tödlicher Unfall in einem „wilden Schacht"

Siemianowitz, 7. September.

In einem der zahlreichen in Ostoberschlesien von Arbeitslosen angelegten „wilden Schächte" ereignete sich erneut ein tödlicher Unfall. Auf dem Gelände hinter dem Ficinus-Schacht bei Siemianowitz stieg der 25jährige Arbeitslose Malik zur Nachtzeit in einen selbstangelegten Schacht, um Kohle zu fördern. Als er etwa 15 m tief in die „Notgrube" eingedrungen war, riß das Seil und M. stürzte in die Tiefe. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Die Ueberschwemmungen in Texas

Newyork, 7. September.

In Texas hat sich das Hochwasser zu einer Katastrophe entwickelt. Der Rio Grande ist über die Ufer getreten. Auf der mexikanischen Seite sind die Dämme gebrochen, während sie auf amerikanischer Seite standgehalten haben. Mehrere tausend Hektar stehen unter Wasser. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Dollar geschätzt. Die Zahl der Opfer übersteigt jetzt zwölf. Zahlreiche Dörfer sind ohne Verbindung mit der Außenwelt.

Barbar Faschismus

Des berühmten bürgerlichen Malers Feuerbach häufig gemaltes, gefeiertes Modell, Lucia Brunacci, wurde von Prof. Walter Bombe im Osten Roms in Armut und bitterer Not aufgefunden. Noch im Jahre 1904 schrieb ein bürgerlicher Kunsthistoriker ein Buch über „Anselm Feuerbachs Medea" das nach dem Vorbild Lucias gemalt war. Für Wachtparaden hat der italienische Faschismus Geld, aber nicht für die treue Helferin eines großen Künstlers. Niemand hat sich bisher um die jetzt achtzigjährige Frau gekümmert, deren Schönheit einst die bürgerliche Welt entzückte. Kürzlich sollte Lucia Brunacci, weil sie keine Miete mehr zahlen kann, aus ihrer bescheidenen Wohnung zwangsweise entfernt werden.

Der Fall der Lucia Brunacci beweist wiederum, daß der Faschismus die Barbarei der Bourgeoisie zur höchsten Blüte entfaltet.

Beweis für Matriarchat gefunden?

Eine Streitfrage des Klassenkampfes auf dem Gebiet der Wissenschaft ist es seit mehreren Jahren gewesen, ob es vor der Zeit der Herrschaft des Vaters (Patriarchalische Zeit) eine Zeit der Vorherrschaft der Frauen gegeben habe oder nicht. Die bürgerliche Wissenschaft stellte sich auf den Standpunkt, daß es eine Gesellschaftsform der Frauenherrschaft (Matriarchat) niemals gegeben habe. Nun scheint durch den Bericht eines Forscherehepaares der Beweis für das Gegenteil erbracht zu sein.

Aus Berlin wird berichtet, daß das Ärzteehepaar Fanter eine Forschungsreise durch Tripolis in die nördliche Sahara unternommen hatte, bei der die Reisenden den Volksstamm der Tebbas besuchten, dessen Gebiet von Europäern bisher noch nicht besucht worden ist. Das Land der Tebbas heißt Fezzan, seine Hauptstadt Mursuk. In Fezzan gehen die Männer verschleiert, während die Frauen, die eine wesentliche Stellung im gesellschaftlichen Leben einnehmen — sie üben wohl fast ausschließlich die Lehrtätigkeit aus — unverschleiert sich in den Straßen zeigen. Die Reisenden berichten, daß besonders die Frauen außergewöhnlich schön sind und durch ihre hohen, würdevollen Gestalten auffallen.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

38) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Die Mannschaften auf dem Hof haben sich die Zeit damit vertrieben, Munitionskästen aufzubrechen, und haben alle erreichbaren Gewehre und Pistolen herbeigeschleppt. Auch ein Automobil haben sie requiriert. Der Matrosenchauffeur hat sich eine rote Armbinde umgehängt. Ein Signalmatrose bringt eine große rote Fahne, die an einer Stange hinten am Klappverdeck des Autos befestigt wird. Der eben gewählte Vorsitzende Karl Artelt, der 2. Vorsitzende und der Schriftführer kommen aus dem Speisesaal heraus.

Der Chauffeur ruft: „Karl, hier! Kommt, steigt ein!"

Und das Automobil fährt über den Kasernenhof, fährt mit wehender roter Fahne zum Kasernentor hinaus und durch die Hauptstraßen Kiels dem Stationsgebäude zu. Kiel ist noch eine kaiserliche Festung. Die Passanten bleiben mit offenen Mäulern stehen und starren dem schnell fahrenden Wagen mit dem wehenden roten Symbol der Revolution nach wie einer Erscheinung.

Das Stationsgebäude starrt in Waffen. Eine Kompanie Seebataillon steht auf der Straße angetreten. Ein Offizier springt an das kurz stoppende Auto heran:

„Was fällt Ihnen ein, in solcher Aufmachung vor dem Stationsgebäude zu erscheinen?"

Die drei Soldatenräte steigen aus:

„Regen Sie sich bloß nicht auf, das hat gar keinen Zweck. Melden Sie uns bitte dem Gouverneur, wir werden schon erwartet!" erklärt Artelt.

Die Matrosen werden in das Sitzungszimmer geführt.

Ein Leutnant öffnet die Tür: der Gouverneur, Admiral Souchon, tritt ein, hinter ihm der Chef des Stabes, Admiral Küsel, einige Generalstabsoffiziere und ein Herr in Zivil, der Chef des Gerichtswesens der Station.

Der Gouverneur reicht Artelt die Hand:

„Ich danke Ihnen, daß Sie die Courage gehabt haben und hierher gekommen sind!"

Artelt fragt den Gouverneur:

„Erkennen Sie uns als Soldatenrat an?"

„Ja!" antwortete der Admiral.

Dann setzen Sie sich gegenüber. Am Kopf des Tisches der Gouverneur, rechts von ihm die Offiziere, links die drei Abgesandten der meuternden Matrosen.

Admiral Souchon war bei Kriegsausbruch Chef der in Messina eingeschlossenen „Breslau" und „Göben". Die kühne Fahrt der beiden deutschen Schiffe an den englischen Kräften vorbei in den Bosporus brachte ihm schnellen Ruhm. Später kommandierte er die türkische Flotte. Dann wurde er zum Chef des IV. Geschwaders ernannt. Und erst vor wenigen Tagen hat er, völlig unvertraut mit den neuen Verhältnissen und den in Gang befindlichen Umschichtungen, den Posten des Gouverneurs von Kiel angetreten. Die Meuterei der in Kiel einlaufenden Schiffe des III. Geschwaders und das Ueberspringen der Bewegung an Land war ihm vollständig überraschend gekommen.

Er hat mit der Regierung in Berlin telephoniert.

Das Kabinett des Prinzen Max hat ihm keine weitere Hilfe in Aussicht stellen können als zwei Abgeordnete, die unverzüglich abreisen würden. So war er bis auf weiteres auf eigene Entscheidungen gestellt. Den zuerst gefaßten Entschluß, die Bewegung gewaltsam niederzuschlagen, gab er auf Grund der von den unterstellten Kommandostellen einlaufenden Meldungen über immer größere meuternde Truppenkontingente auf. Um Zeit zu gewinnen und durch Kompromisse die Weiterentwicklung der Aufruhrbewegung zu verzögern, bis Unterstützungen und Entscheidungen von außen eingetroffen sein würden, entschloß er sich, mit den Matrosen zu verhandeln.

Höflich wendet der Gouverneur sich den Matrosen zu. Die schwebenden Fragen könne er allein nicht entscheiden, aber der Staatssekretär Haußmann und der Abgeordnete Noske seien von Berlin unterwegs und würden abends in Kiel eintreffen. Dann wolle man gemeinsam verhandeln ...

Inzwischen ist auch eine Abordnung des III. Geschwaders angelangt. Die von den Schiffen abgesandten Heizer sind mit Artelt der Meinung, daß man auf Erfüllung der Forderungen nicht länger warten könne. Besonders drei Punkte wollen sie sofort zugestanden haben:

Unterlassung des geplanten Flottenvorstoßes!

Bestrafung der Schuldigen an den Schießereien vom Vorabend!

Freilassung der Gefangenen des III. Geschwaders!

Während der Gouverneur mit den Matrosen verhandelt und die Stabsoffiziere schweigend dasitzen und die so plötzlich aufgetauchten Soldatenräte anstarren, entwickelt sich draußen die Bewegung weiter.

Die Matrosen der Torpedo-Division schicken Abordnungen in andere Kasernen. Die Besatzungen der Forts und der Vorstadt Wik bewaffnen sich.

Souchons Ordonnanzoffizier bringt eine Meldung nach der andern:

„In der II. W. D. bemächtigen sich Matrosen der Waffen!"

„Ein Trupp mit vier Maschinengewehren rückt an!"

„Torpedobooten, die den Hafen verlassen wollten, wurden Schüsse nachgeschickt!"

Wieder betritt der Ordonnanzoffizier das Sitzungszimmer und überreicht dem Gouverneur eine telephonische Meldung. Der Admiral gibt dem Offizier die Meldung zurück:

„Lesen Sie das bitte vor, Herr Oberleutnant!"

„Zweitausend Matrosen stürmen das Arrestgebäude! Die Wache weigert sich größtenteils zu schießen. Aber eine aus Neumünster eingetroffene Kompagnie Infanterie ist bereit, das Gebäude zu verteidigen!"

Der Gouverneur wendet sich an die Heizer und Matrosen: „Was machen wir da, meine Herren?"

Der Soldatenrat Artelt antwortet:

„Wenn Sie Blutvergießen vermeiden wollen, dann geben Sie Befehl, daß die Infanterie sofort zurückgezogen wird!"

Ein Heizer des III. Geschwaders fügt hinzu:

„Außerdem muß ich darauf aufmerksam machen, daß keine Infanterie oder sonstige fremde Truppen nach Kiel geholt werden dürfen. Andernfalls werden die Schiffe des III. Geschwaders den Bahnhof beschießen!"

„Ja, meine Herren, können Sie das denn verantworten?"

„Wenn Sie verantworten können, daß Infanterie auf die Marine schießen soll, so können wir es auch verantworten, daß wir uns unserer Haut wehren!"

„Ich kann Ihnen mitteilen, daß Infanterie bereits auf dem Marsch nach Kiel ist. Aber ich werde die Infanterie fortschicken. Ich werde auch dafür sorgen, daß keine neuen Truppen nach Kiel gebracht werden!"

Es wird beschlossen, die Gefangenen des III. Geschwaders sofort zu entlassen. Der Gouverneur wünscht nur, daß die Entlassung ordnungsmäßig vor sich gehe, und zu diesem Zweck stellt er den Matrosen den beisitzenden Zivilisten, den Chef des Gerichtswesens der Station, Geheimrat Eichheim, zur Verfügung. Die übrigen Fragen werden bis zum Eintreffen der aus Berlin gemeldeten Parlamentarier vertagt.

Die Abordnung verläßt das Stationsgebäude wieder.

Artelt nimmt die Heizer des III. Geschwaders bis zu den Landungsbrücken mit. Dann fahren die drei Soldatenräte der Torpedodivision in Richtung Wik weiter. Vor dem Postgebäude in Wik begegnen sie einer marschierenden Kolonne Infanterie, die auch Maschinengewehre mit sich führt.

Das Automobil mit den Soldatenräten hält an. (Fortsetzung folgt.)

Lohntarif in der Hochseefischerei gekündigt

Hamburg, 6. September.

Der Lohn- und Manteltarif ist den zuständigen Berufsorganisationen der Seeleute vom Verein der deutschen Hochseefischerei-Reeder zum 1. Oktober d. J. gekündigt worden. Es ist eine Senkung der Heuer im ähnlichen Ausmaße wie bei der Handelsschiffahrt beabsichtigt.

Wahlen in Dänemark

Sozialdemokratischer Erfolg

In den wichtigsten dänischen Wahlkreisen Kopenhagen, auf Fünen und in Nordjütland fanden am 7. September die Wahlen der Wahlmänner statt, die am kommenden Dienstag endgültig die Landsting- (Reichstags-)Mitglieder wählen. Bei gesteigerter Wahlbeteiligung gegenüber 1924 erhielten die Sozialdemokraten 780 (679), die radikale Linke 150 (172), Konservative 416 (374) und Linke 435 (442) Wahlmänner.

Chinesische Boykottbewegung gegen Japan

WTB. London, 7. September.

„Times" meldet aus Schanghai: 70 örtliche Handelsgilden, zu denen die Inhaber des größten Teiles der chinesischen Kaufläden von Schanghai gehören, haben gestern vormittag ein Manifest veröffentlicht, in dem sie eine „wirtschaftliche Blockade" gegen Japan erklären und die ganze Nation auffordern, sich daran zu beteiligen.

Diese begreifliche Abwehraktion der Chinesen gegen Japan wird eine weitere Verschärfung des Konflikts und eine Steigerung der Kriegsmaßnahmen Japans gegen China zur Folge haben.

Neue Luftverkehrslinie in der Sowjetunion

Moskau, 7. September.

Ende dieses Monats wird von der Verwaltung des Zivilflugwesens die Luftlinie Moskau—Wladiwostok eröffnet werden. Auf der Linie, die 10 000 km lang ist, werden 8- und 9-sitzige Flugzeuge verkehren, die rein sowjetistischer Konstruktion sind. Die Fluglinie ist mit Einrichtungen versehen, die auch für Nachtflüge geeignet sind.

Ferner ist ein neuer Passagier- und Frachtflugverkehr zwischen Tiflis und Baku eröffnet worden, eine Linie, die bis nach Krasnowodsk verlängert werden soll. Die Strecke wird zum Teil mit Land-, zum Teil mit Seeflugzeugen beflogen werden.

Der Kampf geht weiter

Stark besuchte Versammlung in Berlin

(Eigene Meldung der SAZ)

Berlin, 7. September.

Der Burgfrieden ist abgelaufen, die Fesseln, die er dem politischen Kampf auferlegte, sind gefallen. Die Berliner Organisation der SAP ist bereits mit einer stark besuchten Versammlung vor die Oeffentlichkeit getreten, um die unfreiwillig unterbrochene Werbekampagne für unsere Bewegung schnellstens wieder aufzunehmen. Am Dienstag abend hat sie den ersten Schlag geführt.

Im voll besetzten großen Saal der Musikerfestsäle sprach Klaus Zweiling über die politische Situation in Deutschland, eindringlich aufrufend zur Widerstandsbereitschaft, zum Kampf gegen den Untergang in der Reaktion. Starker Beifall rauschte durch den Saal, als er seine — auch oft von Zustimmungsbezeugungen unterbrochene — Rede beendet hatte.

Der Eindruck seiner Ausführungen waren so stark, daß sowohl SPD als auch KPD still blieben, als der Versammlungsleiter sie aufforderte, Diskussionsredner zu benennen, um die Politik ihrer Parteien vor den Massen zu rechtfertigen. Erst als ein paar Sektierer verschiedener Couleur sich abgemüht hatten, Verwirrung in die Versammlung zu tragen, unternahm ein Vertreter der kommunistischen Kampfbundjugend den Versuch, das Prestige der KPD zu retten. Daß er glaubte, sein Ziel dadurch erreichen zu können, daß er der SAP Sabotage der Einheitsfront vorwarf und Lügen über einzelne unserer Genossen verzapfte, zeigte, daß die kommunistischen Massen der Gefahr, in der sich die deutsche Arbeiterschaft befindet, noch immer verständnislos gegenüberstehen.

Als ein Schlußantrag der Debatte ein Ende setzte, versuchte ein anderer Jungkommunist, indem er die Zeit, die ihm für eine Berichtigung gewährt worden war, zu einer Propagandarede für die KPD mißbrauchte, die Versammlung zu sprengen. Vergebliches Beginnen, die Versammlungsteilnehmer waren nicht gewillt, sich provozieren zu lassen, um den Kommunisten die Abrechnung im Schlußwort Zweilings zu ersparen.

Und diese Abrechnung fiel denn auch vernichtend aus. Die Kampfbundanhänger, die zunächst den Redner zu überschreien versuchten, wurden immer kleiner. Bei manchen von ihnen — das sei zu ihrer Ehre gesagt — dämmerte sichtbar die Vernunft.

Trotz des Bruderkampfes, der von den Kommunisten auch diesmal wieder entfesselt wurde, war die Versammlung ein starker Erfolg für die SAP.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

So wird Wirtschafts-Optimismus gemacht

„Wirtschafts-Optimismus!" Das ist die neueste Mode, das neueste Schlagwort, um „neuen kapitalistischen Aufstieg" vorzutäuschen. Auch die Papen-Verordnung wird damit begründet. Wie das gemacht wird, zeigt folgende Meldung:

London, 7. September.

WTB. „Daily Telegraph" schreibt: Aus allen Teilen der Welt trafen gestern Meldungen von einem zunehmenden Optimismus auf dem Gebiet des Handels ein. Das Vertrauen gründet sich hauptsächlich auf die stetige Erholung der Preise für Weizen, Baumwolle, Kautschuk und Metalle sowie die guten Nachrichten von der Pariser und der Berliner Börse.

Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph" sagt, beinah über Nacht sei bei der deutschen Geschäftswelt grenzenloses Vertrauen eingekehrt. (Nur die Berliner merken nichts davon. D. Red.) Dieser Stimmungsumschwung habe auch auf die breiten Massen des Publikums übergegriffen. Die stärkste Anregung für diese Erscheinung sei natürlich das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen. (Nachtigall, ich hör dir trappsen!)

Auch in der „Daily Mail" heißt es, jeder Tag bringt neue Meldungen über Wiederbelebung des Handels in vielen Ländern.

Auch der „Erbfeind" wird in den Dienst dieser Stimmungsmache gestellt. Strahlend meldet WTB:

Paris, 6. September.

Im Wirtschaftsteil des „Paris Midi" wird der Sanierungsplan der Reichsregierung einer verständnisvollen Würdigung unterzogen. Dieser Plan sei, heißt es dort, kühn. Die neuen Sanierungsmaßnahmen stellten für die deutsche Wirtschaft einen unbestreitbaren inneren Wert dar und garantierten ihr sogar eine sichere Erholung. Die Berliner Börse habe bereits Vertrauen gefaßt. Morgen würden die ins Ausland geflüchteten Kapitalien zurückkehren, um sich in den Dienst einer glänzend ausgestatteten Industrie, die des Wohlwollens der Regierungsstellen sicher sei, zu stellen. Der wirtschaftliche Sanierungsplan des Reichskanzlers, schließt diese Betrachtung, stelle einen neuen Stützpunkt für die Ankurbelung des Geschäftslebens in Europa dar und gleichzeitig eine Warnung für diejenigen Länder, die nicht Europa von den besseren Bedingungen von morgen profitieren zu lassen gedenken.

Wenn das nicht für Papen und den Optimismus spricht!

In Amerika macht man „Belebung" weniger mit Wortreklame als mit realen Nachhilfsmitteln, die so aussehen:

Washington, 6. September.

WTB. Einer Mitteilung des Vorsitzenden des Federal Farm Board zufolge ist beschlossen worden, allen Weizen und alle Baumwolle, die sich unter der Kontrolle der von der Regierung geschaffenen Stabilisierungsorganisationen und des amerikanischen Baumwollkooperativverbandes befinden, bis zum Jahre 1933 von den Märkten fernzuhalten.

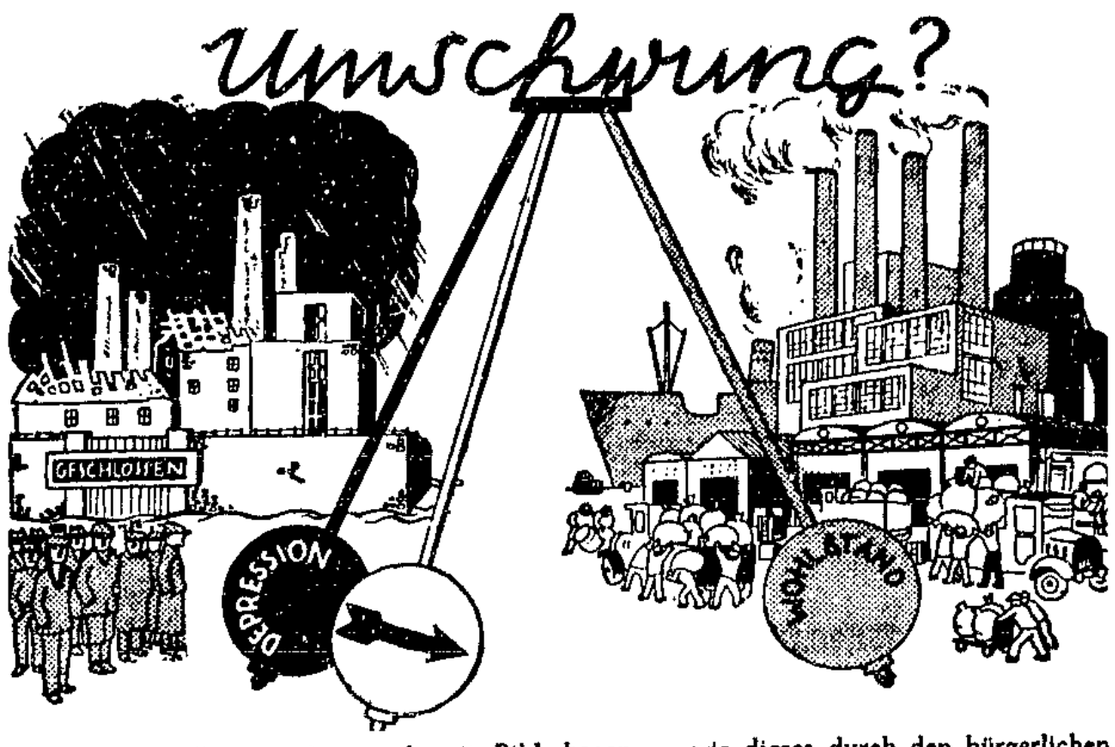
London, 7. September.

WTB. Der Korrespondent der „Times" in Washington meldet: Hochgestellte Beamte der Regierung haben gestern zu verstehen gegeben, die Vereinigten Staaten wünschten dringend, daß die Weltwirtschaftskonferenz bis nach den Präsidentenwahlen und möglichst sogar bis zur Mitte des Winters aufgeschoben werde. Diese Ansicht wurde dem italienischen Botschafter am Sonnabend vom Staatsdepartement inoffiziell mitgeteilt. Als Grund dieser Haltung führt der Korrespondent an, frühestens zu Weihnachten werde sich die Erregung des Wahlkampfes gelegt haben.

Nur keine Beunruhigung, da könnte der schönste Optimismus wieder flöten gehen.

*

Das alles beweist doch nur die Schwäche und den Bankrott des ganzen kapitalistischen Systems. Wenn solche Krampfaktionen notwendig sind, um eine Wirtschafts-„Belebung" vorzutäuschen oder sie künstlich bis zu einem gewissen Grade zu schaffen, dann muß es in Wirklichkeit sehr faul stehen um den „neuen Aufstieg". In der Tat. Alle realen Voraussetzungen für eine neue Konjunktur fehlen. Der ganze „Optimismus" ist ein künstliches Treibhausgewächs. Sein Hauptzweck ist, den Blick der Massen in die Ferne, auf eine „baldige Besserung" zu lenken, um sie jetzt vom unmittelbaren Widerstand gegen den gewaltigen Lohnraub abzulenken.



Nicht nur in Wort, sondern auch mit Bilderbogen — wie dieses durch den bürgerlichen Bilderdienst verbreitete Schaubild — wird Wirtschaftsaufschwung vorgegaukelt.

Die Kaufkraft sinkt:

Angesichts der Aktion zur „Belebung der Wirtschaft" durch die Papenverordnung ist dieser abstrakt gehaltene Artikel sehr lehrreich. Er zeigt uns, daß jede „Belebung" der Wirtschaft mit gleichzeitigem Lohnraub unmöglich und daher ein Schwindel ist. Die Red.

M. P. Als die Krise ihren Einzug nahm, sprach man von einem Käuferstreik. Man stellte sich das so vor, daß die Konsumenten alle einen baldigen Preissturz erwarteten und darum ihre Einkäufe aufschoben. Warum sie das alle ohne jede Verabredung taten, darüber zerbrach man sich nicht weiter den Kopf. Als dann die Preise einmal und noch einmal sanken und sich die Käufer trotzdem nicht einfanden, sagte man, die Kaufkraft sei gesunken. Warum aber die Kaufkraft gesunken ist und was sie eigentlich ist, darüber zerbrach man sich auch nicht sonderlich den Kopf. Man begnügte sich mit der Feststellung. Dabei ist aber die Frage sehr einfach zu beantworten. Die Kaufkraft eines Landes ist eine beinahe errechenbare Größe. Sie ist weiter nichts als die Summe der Einkommen eines jeden einzelnen Mitgliedes der Bevölkerung oder in ganz simplem Deutsch ausgedrückt: was ein jeder am Ende der Woche oder des Monats nach Hause trägt, das ist seine Kaufkraft und nicht ein Pfennig mehr.

Es ist nun ohne weiteres klar, daß die Maßnahme der Regierung Brüning, die doch in der Hauptsache in einer Senkung der Löhne, Gehälter, Renten und Stempelgelder bestanden, ihr Ziel, die Wirtschaft aus der Krise herauszuführen, verfehlen mußten. Denn mit den Löhnen und Gehältern wurde ja die Kaufkraft abgebaut und die Krise weiter verschärft. Der Lohnabbau hätte ja nur dann Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn Deutschland das einzige Land gewesen wäre, das von der Krise betroffen ist, oder wenn wenigstens eine ganze Reihe von Ländern von ihr gar nicht oder wenig betroffen wäre, so daß die Verbilligung der Produktion eine Vermehrung der Ausfuhr herbeigeführt hätte. Da aber nicht Deutschland allein seine Löhne abbaute, sondern seine Konkurrenten dasselbe taten, blieb die Wirkung aus.

Lohn- und Gehaltsabbau verschärfen also das Sinken der Kaufkraft. Die ersten Ursachen für die Absatzstockung und den Beginn der Krise liegen aber wo anders. Es ist da eigentlich falsch, von einem Sinken der Kaufkraft zu sprechen. Die Kaufkraft bleibt sich beim Beginn der Krise gleich. Was sich ändert, ist der Umfang der Produktion, die gesteigert werden soll, ohne daß gleichzeitig die Kaufkraft der Konsumentenmassen gehoben wird. Es ist das ein dem kapitalistischen System immanenter (innewohnender) Widerspruch, wie sich Marx ausdrückt. Der kapitalistische Unternehmer muß ständig seine Produktion vergrößern und seine Produktivität verbessern, das heißt mit weniger Arbeitern eine immer größere Leistung durch Verbesserung des Arbeitsprozesses erzielen. Tut er das nicht, so büßt er seine Konkurrenzfähigkeit ein. Wenn er aber seine Produktivität auch noch so steigert, die Arbeitslöhne hält er um seines Profits willen so niedrig wie möglich. Er steigert also die Produktion, verhindert aber gleichzeitig, daß die Kaufkraft der Massen sich hebt. Hier liegt die tiefste Ursache der Krise.

In der heutigen Zeit der Rationalisierung und des fließenden Bandes wirkt sich das viel schärfer aus als früher. Das können wir an folgendem Beispiel sehen: Nehmen wir an, der Autokönig Ford wolle seine Tagesproduktion von 2000 auf 4000 Autos erhöhen. Das täte er auf eine sehr umständliche Weise. Er baut eine neue Fabrik hin und stellt neue 40 000 Arbeiter ein. Wir wollen schon den günstigsten Fall annehmen, daß nämlich die Lohngelder und Beträge für Rohmaterialien da wären oder frisch gedruckt würden. Dann wären also in der neuen Autofabrik 40 000 neue Einkommen geschaffen neben den anderen in den Rohstoffindustrien. Das bedeutet 40 000 mal neue Kaufkraft. Diese pflanzen sich fort zum Kaufmann, zum Landwirt usw., überall gibt sie neuen, größeren Verdienst, der hier und da zum Kauf eines Autos angewandt wird. Es könnte also klappen.

Aber auf diese Weise vollzieht sich die Produktionssteigerung nicht. Vielmehr Ford rationalisiert seinen Betrieb und stellt jetzt mit seinen 40 000 Arbeitern statt 2000 Autos 4000 täglich her. Er steigert also seine Produktion, will bedeutend mehr verkaufen (im Jahr für über eine Milliarde). Neue Einkommen, neue Kaufkraft ist aber nicht entstanden. Weder sind neue Arbeiter eingestellt noch sind die Löhne erhöht. Stellen wir uns vor, die übrigen 1000 oder wieviel es sind amerikanischen Industrieunternehmungen, die Farmer usw. wollen in ähnlicher Weise ihre Produktion erhöhen, dann haben wir die schönste Ueberproduktionskrise. Die Kaufkraft muß versagen! Sie brauchte es nicht, wenn gleichzeitig mit der Produktion sämtliche Löhne und Einkommen erhöht würden, so daß die Kaufkraft gleichzeitig zunimmt. Dann müßte aber auf den Profit verzichtet werden, dann hätten wir keinen Kapitalismus, dann hätten wir die Bedarfswirtschaft.

Wir wollen hier noch die dritte Möglichkeit in Betracht ziehen, die dann schon das Bild einer schweren Krise gibt. Nehmen wir also an, der Unternehmer merkt, daß er seinen Absatz nicht mehr erhöhen kann; trotzdem will er seinen Profit erhöhen. Er rationalisiert also seinen Betrieb und stellt die 2000 Autos statt mit 40 000 mit 20 000 Arbeitern her. 20 000 Arbeiter sind damit überflüssig und werden entlassen. Sie müssen hungern, aber nicht, weil etwa weniger Getreide da wäre oder weniger andere Lebensmittel, sondern weil ihr Einkommen geschwunden ist. Dagegen spart jetzt der Unternehmer an Lohn, verdient also mehr, selbst wenn er mit seinen Preisen heruntergeht. Er ißt aber darum auch nur ein Brot. Das Brot der entlassenen 20 000 Arbeiter wird unverkäuflich. Sie hungern, nicht weil kein Getreide da wäre, sondern das vorhandene Getreide wird unverkäuflich, weil sich die Einkommen verschoben haben. In Amerika wird das „überflüssige" Getreide verbrannt.

Hier haben wir den kapitalistischen Wahnsinn in seiner höchsten Entfaltung. Um dieses Wahnsinns ist der Kapitalismus nur wert, daß er mitsamt seinen Rettern Papen und Hitler verschwindet und das sobald und so gründlich als nur möglich.

Unsachliche Bekämpfung der Volksfürsorge

Die sachliche Bekämpfung der Volksfürsorge fällt ihren Gegnern außerordentlich schwer. Deshalb müssen böswillige Verleumdungen herhalten, um das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung in ihr trotz der schweren Wirtschaftskrise unerschüttert dastehendes Versicherungsunternehmen zu untergraben. So wird bekannt, daß in fast allen Gegenden Deutschlands systematisch immer wieder von Agenten der Konkurrenz, von Versicherungszeitschriteninteressenten und Angehörigen rechtsradikaler Parteien, offensichtliche Unwahrheiten über die Volksfürsorge verbreitet werden. Im Westfälischen hatte man zur Verunglimpfung des gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsunternehmens sogar eine Broschüre mit dem anziehenden Titel „Volksfürsorge ist Volksbetrug" herausgegeben, in der der Verfasser allerdings vergessen hat, beweiskräftige Gründe für die unerhörte Behauptung aufzuführen, weil solche Gründe trotz besten Willens nicht aufzutreiben sind. Welche moralischen Werte diese Art Freunde der Volksfürsorge besitzen, erkennt man aus einem Erpressungsversuch, den der Verfasser der fraglichen Broschüre unternahm. Er bot der Volksfürsorge das Verfügungsrecht über das Manuskript der Sudelschrift vor ihrer Drucklegung an, wenn sie sich zur Zahlung von 300 000 RM bereit erklärte.

Das Gericht hat inzwischen auf Antrag der Volksfürsorge eine einstweilige Verfügung erlassen, wodurch die Verbreitung der Broschüre verboten wird, und durch Anzeige des Erpressungsversuchs dafür gesorgt, daß der anspruchsvolle Vertreter des „erwachenden Deutschlands" hinter Schloß und Riegel sitzt.

Alle verbreiteten Behauptungen, wie z. B. „die Volksfürsorge mache pleite", „habe erhebliche Verluste erlitten", „wird verboten" usw., sind aufgelegter Schwindel. Die werktätige Bevölkerung und die Versicherten der Volksfürsorge sollten sich nicht beeinflussen lassen und ihre Versicherungen im eigenen Interesse aufrechterhalten.